Unter Druck.
Journalistische Handlungsspielräume in der deutschen Nahostberichterstattung

Carola Richter, Jannis Julien Grimm, Nina Moya Schreieder



Arbeitspapier des Center for Media and Information Literacy Oktober 2026

Zitation
Richter, C., Grimm, J.J., & Moya Schreieder, N. (2026). *Unter Druck. Journalistische Handlungsspielräume in der deutschen Nahostberichterstattung.* Center for Media and Information Literacy – CeMIL. http://dx.doi.org/10.17169/refubium-54096

Der komplette Fragebogen sowie alle deskriptiven Statistiken sind als Anhang abrufbar unter: http://dx.doi.org/10.17169/refubium-54105

Autor:innen
Dr. Carola Richter ist außerplanmäßige Professorin für internationale Kommunikation an der Freien Universität Berlin. Sie lehrt und forscht zu Mediensystemen und Kommunikationskulturen, insbesondere im arabischen Raum, sowie zu Auslands- und Kriegsberichterstattung, Public Diplomacy, Medien und Migration sowie Medien und Islam. Sie leitet das Center for Media and Information Literacy – CeMIL.

Dr. Jannis Julien Grimm ist Leiter der Forschungsgruppe „Radical Spaces“ am INTERACT Zentrum für interdisziplinäre Friedens- und Konfliktforschung der Freien Universität Berlin. Er lehrt und forscht zur Transnationalisierung von Gewaltkonflikten sowie den Dynamiken von Gewalt und Widerstand.

Nina Moya Schreieder studiert im Master Digital Humanities an der Universität Wien. Sie beschäftigt sich mit klassischen und neueren quantitativen Methoden der empirischen Sozialforschung und arbeitet damit vorrangig im Bereich der Protest- und Bewegungsforschung.

Veröffentlicht durch:
CeMIL – Center for Media and Information Literacy an der Freien Universität Berlin
Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft
Prof. Dr. Carola Richter
Garystr. 55
14195 Berlin
https://www.polsoz.fu-berlin.de/kommwiss/institut/cemil/index.html

Diese Studie entstand mit Unterstützung von Reporter ohne Grenzen e.V.

Die Autor:innen danken außerdem Luisa Hansen und Nadia Darmiche für ihre Unterstützung bei Sampling und Formatierung der Studie.

Bild: Jasmine Rochereul (copyright)

Veröffentlicht unter der Creative Commons License CC BY 4.0: Diese Studie kann kostenfrei weitergegeben und geteilt werden, jedoch nur unter Angabe der Autor:innen und der Nennung des Ursprungslinks.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung 4
Einleitung 5
Forschungsstand 7
Internationale Forschung zur Nahostberichterstattung 7
Studien zur deutschen Berichterstattung 9
Forschung und Quellen zur Perspektive deutscher Journalist:innen 11
Forschungslücke und Beitrag der vorliegenden Studie 14
Methodik 15
Auswahl der Befragten 15
Antwortquote und Auswertung 17
Mögliche Limitationen 18
Ergebnisse 21
Demografische und berufsprofessionelle Beschreibung des Samples 21
Kenntnisse und Haltung zum Nahostkonflikt 22
Diskursklima und Herausforderungen für den Journalismus 27
Pressefreiheit und Selbstzensur 34
Fazit und Handlungsempfehlungen 42
Literaturangaben 45

Zusammenfassung

Die Studie untersucht die wahrgenommenen Handlungsspielräume von Journalist:innen deutscher Medien in der Nahostberichterstattung seit dem 7. Oktober 2023. An der anonymen Online-Befragung im Mai und Juni 2026 beteiligten sich 179 von 597 gezielt angeschriebenen Journalist:innen, davon 145 vollständig. Die Rücklaufquote beträgt rund 30 Prozent.

Zwei Drittel der befragten Journalist:innen sehen eine Verschlechterung der Pressefreiheit, fast drei Viertel eine gestiegene Bedrohungslage. 82 Prozent empfinden innerredaktionelle Debatten als herausfordernder als bei anderen kontroversen Themen. 47 Prozent stufen Medieneigentümer:innen und 45 Prozent Chefredaktionen als bedrohlich für die Pressefreiheit in diesem Themenfeld ein. Am häufigsten werden pro-israelische Lobbyorganisationen und Interessengruppen als Akteur:innen genannt, die die Pressefreiheit bedrohen (65 Prozent). Von persönlicher Betroffenheit durch Diffamierung im Internet berichten 46 Prozent der Journalist:innen, 41 Prozent berichten von Hassrede oder Drohungen.

Ein Bedürfnis nach Selbstzensur bejahen 35 Prozent, bei weiteren 19 Prozent war dies zumindest teilweise der Fall; 46 Prozent verneinen dies. Besonders ausgeprägt ist das Bedürfnis zur Selbstzensur bei freien Journalist:innen (52 gegenüber 26 Prozent bei fest angestellten) und Personen mit Migrationsgeschichte (47 gegenüber rund 30 Prozent ohne Migrationsgeschichte). Angegebene Gründe sind Sorge vor öffentlichen Anfeindungen, mögliche Missverständnisse und erwartete berufliche Nachteile. Zurückhaltung wird dabei besonders im kollegialen Umfeld und in innerredaktionellen Debatten geübt. Thematisch bezieht sich diese Zurückhaltung vor allem auf israelische Politik, Menschen- und Völkerrechtsverletzungen Israels und Palästina-solidarische Proteste.

Zugleich befürworten 92 Prozent eine klare Positionierung von Medien bei Menschenrechtsverletzungen; 87 Prozent lehnen historisch begründete Einschränkungen der Berichterstattung ab. Breite Zustimmung finden sowohl der Schutz jüdischen Lebens als auch ein Waffenstillstand in Gaza. Die Befragten kritisieren zudem thematische Ungleichgewichtung und nehmen ungleiche Empathie und Kompetenzzuschreibungen zulasten palästinensischer Perspektiven wahr.

Die Befunde verweisen auf Handlungsbedarf bei redaktioneller Unabhängigkeit, transparenten Entscheidungsverfahren und der Unterstützung besonders exponierter Journalist:innen. Aufgrund der bewussten Auswahl und möglicher Selbstselektion der Befragten sind die Ergebnisse dieser Befragung nicht repräsentativ für den gesamten deutschen Journalismus. Da es sich zudem um eine einmalige Befragung handelt, können darüber hinaus keine kausalen Rückschlüsse gezogen werden.

Einleitung

Nie zuvor wurde die deutsche Nahostberichterstattung so kontrovers diskutiert und kritisiert wie nach dem 7. Oktober 2023. Der Angriff der Hamas auf Israel und der folgende Krieg Israels in Gaza mit seinen weitreichenden Auswirkungen haben eine enorme und anhaltende Medienaufmerksamkeit ausgelöst. Dass Konflikte und Kriege Medienaufmerksamkeit provozieren, ist kein Geheimnis – „only bad news are good news", „when it bleeds, it leads" sind alte journalistische Weisheiten. Auch der Nahostkonflikt – hier verstanden als der zentrale Konflikt um Israel und Palästina mit weiteren regionalen Implikationen[1] – ist deswegen in den Medien dauerhaft präsent.

Israel verfügt über die höchste Dichte deutscher Auslandskorrespondent:innen nach Washington und Brüssel (Rückerl, 2024). Nichtsdestotrotz ist die Berichterstattung über den Nahostkonflikt und die -region häufig „dekontextualisiert" und „unterkomplex" (Richter, 2014) und folgt eingefahrenen Mustern, wie sie durchaus typisch für die Auslands- und Kriegsberichterstattung sind (Hafez, 2002). Was aber seit Oktober 2023 anders zu sein scheint, ist die sehr hohe mediale Aufmerksamkeit gepaart mit einer von vielen wahrgenommenen politischen Schlagseite. Eine repräsentative Umfrage hat ergeben, dass die Berichterstattung vom deutschen Publikum als eher einseitig zugunsten Israels empfunden wird – und das unabhängig davon, welchem Akteur man solidarisch gegenüber ist oder ob man sich als neutral gegenüber den Konfliktakteuren empfindet (Reinemann, 2025). Erste Inhaltsanalysen zeigen auf, dass es trotz des sehr asymmetrischen Konflikts und deutlich ungleichen Opferzahlen in den deutschen Medien eine Hierarchisierung zwischen israelischen und palästinensischen Opfern (Grimm et al., 2025) zu geben scheint und die Berichterstattung häufig so wirke, als könnte sich die „katastrophale Lage der Zivilbevölkerung [in Gaza] auch in Folge einer Naturkatastrophe entwickelt haben" (Stapenhorst, 2026, S. 75). Es werden also doppelte Standards kritisiert, das Ausbleiben von klaren Verantwortungszuschreibungen bei israelischen Kriegsakteur:innen und das Fehlen einer Grundierung der Berichterstattung in menschen- und völkerrechtlichen Standards (Zaboura, 2025). Die Kritik gipfelt in dem Vorwurf, deutsche Medien würden einem politischen Diskurs folgen, der (zumindest längere Zeit) unkritisch eine unbedingte Solidarität mit Israel beschwor, und dabei Völkerrechtsverstöße und Kriegsverbrechen dieses Kriegsakteurs ignorieren (Hafez in Hoffmann, 2026). Goldmann (2026) benennt diese – insbesondere gegenüber dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk vorgetragene – Kritik mit dem Kunstwort „Staatsräsonfunk". Umgedreht werfen andere den deutschen Medien einen zumindest latenten Antisemitismus vor (Hessenauer et al., 2025).

Vor diesem Hintergrund wachsen die Diskussionen um journalistische Verantwortung, Positionierungsdruck und Selbstzensur innerhalb der Journalist:innenschaft (siehe ausführlich Forschungsstand). Wie sieht es also aus bei deutschen Journalist:innen, die rund um den Nahostkonflikt berichten? Welche Haltungen zeigen sie, welche Kenntnisse weisen sie rund um den Nahostkonflikt auf? Welche Quellen gelten ihnen als vertrauenswürdig? Neben diesen Fragen

[1] Der Begriff „Nahost" wird hier mangels einer besseren Alternative als für die Region Israel/Palästina eingeführter und breit verständlicher Begriff verwendet. Die Autor:innen wissen um die damit verbundene orientalistische Konnotation. Mit „Palästina" referieren wir auf das geografische Gebiet, das in Übereinstimmung mit UN-Sicherheitsratsresolution 2334 (2016) das seit 1967 von Israel besetzte Westjordanland einschließlich Ostjerusalems sowie des Gazastreifens umfasst.

ist besonders relevant wie sie die Situation und das Diskursklima wahrnehmen und damit umgehen. Gibt es einen Drang zur Selbstzensur? Aus welchen Gründen und mit welchen Auswirkungen? Welche Handlungsspielräume sehen die Journalist:innen? Die folgende Studie will Antworten auf diese Fragen geben, um so eine empirisch fundierte Diskussion zu ermöglichen.

Die Ergebnisse offenbaren vor allem Frust über die Einmischungen in eine von vielen Journalist:innen gewünschte unabhängige und konfliktsensitive Berichterstattung durch externe, aber vor allem auch innermediale Akteur:innen. Die Studie will somit nicht nur einen Einblick geben in die aktuelle Situation im deutschen Nahostjournalismus, sondern auch zu Selbstreflexion in der Medienbranche und journalistischen Institutionen anregen.

Forschungsstand

Internationale Forschung zur Nahostberichterstattung

Die internationale Berichterstattung über Israel und Palästina ist seit Langem Gegenstand kommunikationswissenschaftlicher Forschung. Insbesondere Inhalts-, Framing- und Diskursanalysen untersuchen, wie journalistische Darstellungen die Wahrnehmung des Konflikts strukturieren und welche Perspektiven dabei sichtbar werden. Tiripelli (2026) beschreibt Israel/Palästina entsprechend als einen etablierten Schwerpunkt kritischer Diskursforschung zu Krieg und bewaffneten Konflikten. Seit dem 7. Oktober 2023 ist dieser Forschungsstand erheblich angewachsen. Die neueren Arbeiten befassen sich vor allem mit der Auswahl und Gewichtung von Quellen, der sprachlichen Zuschreibung von Verantwortung sowie der unterschiedlichen Darstellung israelischer und palästinensischer Opfer. Ergänzend untersuchen sie die Bedingungen journalistischer Arbeit und die mediale Bearbeitung der gesellschaftlichen Konflikte, die der Krieg außerhalb der Region ausgelöst hat.

Ein wiederkehrender Befund internationaler Studien betrifft ***Asymmetrien bei der Quellenwahl und der Kontextualisierung von Gewalt***. El Damanhoury, Saleh und Lebovic (2025) verglichen etwa 136 Onlineartikel von Al Jazeera English und BBC News zu acht Schlüsselereignissen zwischen Oktober und Dezember 2023. Beide Medien verwenden bei der Darstellung von Todesfällen häufig Formulierungen, die die verantwortlichen Akteur:innen nicht ausdrücklich benennen. Deutlichere Unterschiede zeigen sich bei der Quellenwahl: Die BBC berücksichtigt häufiger israelische und westliche Quellen, während Al Jazeera English palästinensischen und humanitären Stimmen mehr Raum gibt. Jebril (2025) identifizierte in einer Inhaltsanalyse von 247 BBC-Beiträgen aus den ersten Wochen des Krieges ebenfalls eine stärkere Präsenz israelischer Quellen. Während positive Frames relativ ausgewogen verteilt sind, betreffen negative Rahmungen häufiger die palästinensische Seite. Israelbezogene Themen wie Selbstverteidigung und die Situation der israelischen Geiseln sind zudem stärker vertreten als israelische Besatzung palästinensischer Gebiete und die politischen Rechte der Palästinenser:innen.

Eng damit verbunden ist die Frage, wie journalistische Darstellungen ***Empathie mit unterschiedlichen Betroffenen*** ermöglichen. Elmasry (2025) untersucht hierzu 436 Instagram-Beiträge von fünf britischen und US-amerikanischen Nachrichtenangeboten während der ersten zehn Kriegstage. In diesem Material werden israelische Opfer stärker personalisiert und emotionalisiert; israelische Gewalt wird häufiger als Selbstverteidigung, palästinensische Gewalt überwiegend als Aggression gerahmt. Eine weitere Untersuchung der New York Times und der Washington Post für den Zeitraum 2023 bis 2025 berichtet ebenfalls über eine stärkere Humanisierung israelischer Opfer und eine häufigere Berücksichtigung israelischer Quellen (Elmasry, 2026). Vergleichbare Unterschiede finden Caroselli und Schiano (2026) in ihrer Analyse von 176 Beiträgen des italienischen Corriere della Sera aus den ersten beiden Kriegswochen. Israelische Opfer erscheinen dort häufiger als Individuen mit Biografien und sozialen Beziehungen, palästinensische Opfer dagegen eher als anonymes Kollektiv. Die Autor:innen fassen diese unterschiedlichen Formen journalistisch vermittelter Menschlichkeit als „humanity differentials“. Solche Unterschiede verlaufen auch entlang geschlechtlicher Zuschreibungen. El Masry, Sawaf, King und Baroudi (2025) zeigen anhand der Berichterstattung von BBC und CNN, dass die Kategorie „Frauen und Kinder“ die Darstellung palästinensischer Zivilopfer dominiert.

Palästinensische Männer und Jungen werden deutlich seltener ausdrücklich als zivile Opfer sichtbar und häufiger mit Hamas, Terrorismus und Gewalt verbunden. Die Autor:innen interpretieren dies als geschlechtsspezifische selektive (De)humanisierung.

Einen weiteren Vergleichsmaßstab eröffnet Dumitrescu (2026) mit einer Analyse von mehr als 94.000 Facebook-Beiträgen führender Nachrichtenmedien aus 24 europäischen Ländern. Die Studie vergleicht die Sichtbarkeit und visuelle Darstellung des Ukraine- und des Gaza-Krieges im Frühjahr 2024. Neben einer höheren Aufmerksamkeit für die Ukraine findet sie Unterschiede zwischen individualisierenden und kollektivierenden Darstellungen. Damit verweist sie darauf, dass die mediale Sichtbarkeit von Kriegsbetroffenen auch im Verhältnis zu anderen Konflikten untersucht werden muss. Die internationale Forschung macht damit erhebliche ***Unterschiede zwischen Mediensystemen und geopolitischen Kontexten*** sichtbar. Doufesh, Ewaida und Harb (2026) vergleichen die arabischsprachige Berichterstattung von Al Jazeera, Deutsche Welle und dem amerikanischen Auslandssender Al Hurra. Während Al Jazeera stärker humanitäre Perspektiven und das Leid in Gaza hervorhebt, verwenden DW Arabic und Al Hurra häufiger sicherheitspolitische Rahmungen. Die Autor:innen interpretieren diese Unterschiede als Übereinstimmungen zwischen journalistischen Narrativen und den außenpolitischen Orientierungen der jeweiligen Trägerstaaten. Einen Zusammenhang zwischen geopolitischer Ausrichtung und Konfliktdarstellung beschreiben auch Kang und Yang (2025) für taiwanische Medien. Ihre Untersuchung legt nahe, dass sich die Unterschiede zwischen Medienlagern im untersuchten Kontext besser über geopolitische Nähe als über ein allgemeines Links-Rechts-Schema erschließen lassen.

Weitere Studien ordnen die Berichterstattung anhand der Konzepte des ***Kriegs- und Friedensjournalismus*** ein. Kozman und Cozma (2025, 2026) untersuchen zunächst die Schlagzeilen von Associated Press und Qatar News Agency und erweitern den Vergleich anschließend um Reuters, TASS und Xinhua. In der erweiterten Untersuchung überwiegen mit Ausnahme der Qatar News Agency Muster des Kriegsjournalismus. Die Berichterstattung konzentriert sich vor allem auf unmittelbare Ereignisse und Konflikthandlungen, während Ursachen und Lösungsansätze seltener vorkommen. Fahmy, Abbas und ElShabassy (2025) identifizieren in einer Untersuchung von 405 TikTok-Videos internationaler Nachrichtenmedien ebenfalls eine deutliche Dominanz konflikt- und elitenzentrierter Darstellungen. Solche Beiträge erzielen in ihrem Sample zudem mehr Publikumsinteraktionen. Die Befunde betreffen somit auch die Anpassung journalistischer Konfliktdarstellungen an unterschiedliche Ausspielkanäle.

Die ***Bewertungen medialer Asymmetrien*** fallen allerdings keineswegs einheitlich aus. Gilboa und Sigan (2024) interpretieren ausgewählte Fehler, Auslassungen und Korrekturen in der New York Times als Hinweise auf mangelhafte redaktionelle Kontrolle und eine Benachteiligung israelischer Perspektiven. Pinker (2026) findet in einer quantitativen Untersuchung von 1.559 Artikeln derselben Zeitung eine vergleichsweise geringe Sichtbarkeit israelischer Opfer nach dem 7. Oktober. Er bezeichnet diese Befunde ausdrücklich als Ungleichgewichte, ohne damit einen eindeutigen Nachweis journalistischer Voreingenommenheit zu beanspruchen. Für die Zusammenschau solcher Studien sind Unterschiede in Untersuchungszeiträumen, Auswahlverfahren und Bewertungsmaßstäben entscheidend. Die Häufigkeit der Nennung von Akteur:innen oder Opfergruppen, die Personalisierung ihres Leids und die Zuschreibung von Verantwortung erfassen unterschiedliche Dimensionen journalistischer Darstellung. Eine ungleiche

Verteilung allein erlaubt zudem noch keine abschließende Bewertung ihrer Angemessenheit im Verhältnis zum Konfliktgeschehen.

Gegenüber der umfangreichen Untersuchung veröffentlichter Inhalte sind die ***Bedingungen ihrer journalistischen Produktion*** weniger breit erforscht. Einige neuere Studien setzen jedoch unmittelbar bei Quellenarbeit, Verifikation und redaktionellen Entscheidungen an. Postma, De Jong und Opgenhaffen (2026) untersuchen auf Grundlage von Interviews mit 13 Auslandskorrespondent:innen aus zehn Ländern die Berichterstattung zu Beginn des Krieges. Die Befragten beschreiben soziale Medien und Messengerdienste als wichtige erste Informationsquellen, deren Überprüfung unter erheblichem Zeitdruck erfolge. Lokale Netzwerke und längerfristige Regionalkenntnisse werden dabei als zentrale Voraussetzungen zuverlässiger Recherche hervorgehoben. Najibi-Goñi, Agirreazkuenaga und Garai-Artetxe (2026) zeigen anhand einer qualitativen Fallstudie des baskischen öffentlich-rechtlichen Senders EiTB, wie Zugangsbeschränkungen zu Gaza die direkte Recherche, den Kontakt zu Zivilist:innen und die unabhängige Verifikation begrenzen. Al-Najjar und Zaid (2026) problematisieren in einer vergleichenden Fallstudie westlicher Leitmedien ebenfalls die Abhängigkeit von Regierungs- und Militärquellen sowie Einschränkungen journalistischer Unabhängigkeit durch fehlenden Zugang, Embedding und Vorabkontrollen.

Dass auch ***professionelle Routinen*** die Sichtbarkeit von Leid beeinflussen können, verdeutlichen Crone und Dam (2025) anhand von Interviews mit Bildredakteur:innen sechs dänischer Tageszeitungen. Die Befragten beschreiben Spannungen zwischen dem Anspruch einer ausgewogenen Darstellung, der Asymmetrie des Konflikts und ethischen Vorbehalten gegenüber der Veröffentlichung drastischer Bilder. Malik (2025) richtet den Blick dagegen auf palästinensische Journalist:innen, die den Krieg innerhalb ihrer eigenen Gemeinschaft dokumentieren. Ihre Analyse veröffentlichter Selbstzeugnisse arbeitet Erfahrungen von Verlust, Isolation und kollektivem Trauma sowie die Bedeutung journalistischer Verantwortung für die Bewältigung dieser Erfahrungen heraus. Damit werden auch die Grenzen professioneller Distanznormen unter Bedingungen existenzieller persönlicher Betroffenheit sichtbar.

Insgesamt dokumentiert ***die internationale Forschung unterschiedliche Formen selektiver Sichtbarkeit und vermittelt erste Einblicke in deren Produktionsbedingungen***. Inhaltsanalysen allein erlauben jedoch nur begrenzte Rückschlüsse darauf, welche redaktionellen Aushandlungen, politischen Interventionen oder individuellen Abwägungen diesen Mustern zugrunde liegen. Auch lassen sich aus den untersuchten Darstellungen keine unmittelbaren Aussagen über ihre tatsächlichen Publikumswirkungen ableiten. Für das Verständnis journalistischer Handlungsspielräume ist deshalb die Verbindung von Inhaltsanalysen mit Untersuchungen der Medienrezeption und der Erfahrungen von Medienschaffenden besonders aufschlussreich.

Studien zur deutschen Berichterstattung

Im deutschen Kontext liegt inzwischen ebenfalls eine Reihe empirischer Untersuchungen vor. Im Vergleich zur internationalen Forschung bleibt die systematische Bearbeitung der Berichterstattung seit dem 7. Oktober 2023 jedoch begrenzt. Diese Forschungslücke wird auch innerhalb der Kommunikationswissenschaft diskutiert: Tröger und Hafez (2024) problematisieren die Rolle des Faches in den Auseinandersetzungen um die Gaza-Berichterstattung; Strippel,

Hafez, Reinemann und Tröger (2025) fragen ausdrücklich nach den Gründen für die bislang geringe empirische Beschäftigung mit dem Thema.

Die vorhandenen deutschen Studien ***untersuchen unterschiedliche Ausschnitte der Berichterstattung***. Grimm, Könneker und Salehi (2025) befassen sich mit der Darstellung israelischer und palästinensischer Opfer und beschreiben eine Hierarchisierung ihrer medialen Sichtbarkeit und Repräsentation. Stapenhorst (2026) untersucht die Instagram-Berichterstattung der Tagesschau unter dem Gesichtspunkt konfliktsensitiven Journalismus. Vossen und Grimm (2026) erweitern den Blick auf die Berichterstattung über studentische Palästina-Solidarität in Berliner Leitmedien. Damit geraten auch die innenpolitischen Auseinandersetzungen in den Blick, durch die der Konflikt im deutschen Medienraum verhandelt wird. Die bisher umfangreichste, aber noch unveröffentlichte Studie durch von Zabern und Pröschel (2026) nimmt mit einer qualitativen Framing-Analyse die Berichterstattung von acht deutschen Meinungsführermedien von 2023-2025 in den Blick und diagnostiziert eine zunächst weitgehend pro-israelische Perspektive in allen Medien. Mit dem Andauern der Konfliktberichterstattung setze bei BILD und Welt auf der einen und taz auf der anderen eine gewisse Lagerbildung – also eine Verfestigung der polarisierten Positionen zum Nahostkonflikt – ein, während laut den Forscherinnen bei FAZ, SZ und ZEIT eine deutliche Öffnung zur Multiperspektivität zu erkennen sei.

Einen anderen Zugang wählen Studien, die die Berichterstattung auf ***israelbezogenen Antisemitismus*** untersuchen. Hessenauer, Schiller und Uwira (2024) analysieren 122 ausgewählte Beiträge aus einem Ausgangskorpus von rund 600 Artikeln deutscher Print- und Onlinemedien, die zwischen Januar-November 2023 erschienen sind. Sie identifizieren wiederkehrende Darstellungen, die sie als verzerrend oder teilweise antisemitisch einordnen, darunter NS-Vergleiche, Rachezuschreibungen und die Vorstellung eines Tabus gegenüber Israelkritik. Die Untersuchung ist als explorative, problemorientierte qualitative Inhaltsanalyse angelegt. Aus ihr lässt sich daher keine Aussage über die Verbreitung solcher Darstellungen in der Gesamtberichterstattung ableiten. Schubert und Nord (2025) untersuchen vier christlich geprägte Medien und wählen aus 53 Beiträgen zum Themenfeld Israel/Palästina 15 Texte mit negativen Bewertungen Israels für eine vertiefte Analyse aus. Offen antisemitische Inhalte identifizieren sie nur selten; häufiger problematisieren sie Darstellungen, die sie als verzerrend oder „derealisierend“ einordnen. Die interpretativen Voraussetzungen dieser Zuordnung werden an einer Reportage über Weihnachten in Bethlehem deutlich: Eine Analogie zwischen der Weihnachtsgeschichte und dem Leid palästinensischer Kinder deuten sie als implizite Reproduktion des antisemitischen Stereotyps vom „Kindermörder Israel“, weil sie darin eine Zuschreibung intentionaler Kindstötung erkennen. Zugleich berichten die Autor:innen, dass die Mehrheit des ursprünglichen Korpus gegenüber israelischen Akteur:innen neutral oder empathisch ausgerichtet war beziehungsweise die Hamas kritisierte.

Die vorliegenden Arbeiten unterscheiden sich somit sowohl in ihren Untersuchungsgegenständen als auch in ihren normativen und analytischen Bezugspunkten. Während ein Teil ungleiche Sichtbarkeit, Kontextualisierung und Verantwortungszuschreibung untersucht, fragt ein anderer nach antisemitischen Bedeutungsgehalten und Delegitimierungen Israels. Diese Zugänge berühren sich insbesondere dort, wo die Grenzen zwischen Kritik an staatlichem Handeln, verzerrender Darstellung und antisemitischer Kommunikation bestimmt werden. Eine vergleichende Einordnung muss deshalb die jeweiligen Definitionen und Auswahlentscheidungen

offenlegen. Das gilt ebenso für kleinere diskursanalytische Studien, etwa die Untersuchung von drei Deutsche-Welle-Beiträgen durch Nurromadini und Suganda (2024), deren begrenzte Materialbasis weitreichende Aussagen über institutionelle Ursachen oder die Gesamtausrichtung eines Mediums nicht trägt.

Ergänzende konzeptionelle Arbeiten erschließen die ***gesellschaftlichen Bedingungen dieser Auseinandersetzungen***. Al-Taher (2024) untersucht, wie deutsche Staatsräson die Artikulierbarkeit palästinensischer Erfahrungen im öffentlichen Raum begrenzt. Lenz (2024) analysiert Polarisierung, moralische Delegitimierung und die ungleiche Verteilung diskursiven Kapitals in Debatten über Antisemitismus, Feminismus und Israel/Palästina. Diese Beiträge liefern Deutungsangebote für die Untersuchung öffentlicher Kommunikation, ohne selbst systematische Analysen journalistischer Berichterstattung vorzulegen. Ähnlich sind die medienbezogenen Beiträge in den Sammelbänden von Freedman und Hirsh (2024) sowie Glöckner und Jikeli (2025) vor allem in den breiteren Forschungszusammenhang zu Antisemitismus und öffentlichem Diskurs einzuordnen.

Neben wissenschaftlichen Studien ist eine umfangreiche ***journalistische Medienkritik*** entstanden. Goldmann (2026) verbindet in „Staatsräsonfunk“ eine nach eigenen Angaben über mehr als ein Jahr durchgeführte Auswertung Tausender Medienberichte mit Gesprächen mit Medienschaffenden, Fachleuten und Betroffenen. Er argumentiert, dass deutsche Leitmedien palästinensisches Leid und israelische Gewalt wiederholt marginalisiert oder relativiert hätten, und bringt diese Muster mit redaktionellen Routinen, Selbstzensur und politischen Rahmenbedingungen in Verbindung. Auch Zaboura (2025) thematisiert problematische Muster der Berichterstattung und deren Folgen für das Medienvertrauen. Solche datenbasierten journalistischen Untersuchungen und medienkritischen Interventionen ergänzen den wissenschaftlichen Forschungsstand, sind hinsichtlich ihrer Vorgehensweise und Reichweite jedoch jeweils gesondert einzuordnen.

Publikumsbefragungen zur Einschätzung der Berichterstattung durch Rezipient:innen gibt es bisher von infratest dimap (2024) und ausführlich von Reinemann (2025). Mey (2026) hat zudem herausgearbeitet, wie Organe der Medienaufsicht mit Programmbeschwerden des Publikums zur Nahostberichterstattung umgehen. Diese Arbeiten erweitern den Blick um die Bewertung journalistischer Leistungen durch das Publikum und um institutionelle Formen des Umgangs mit Kritik. Die Wahrnehmung von Einseitigkeit, die inhaltliche Beschaffenheit der Berichterstattung und die Erfahrungen der an ihrer Herstellung beteiligten Journalist:innen bilden dabei unterschiedliche, aufeinander bezogene Untersuchungsebenen.

Forschung und Quellen zur Perspektive deutscher Journalist:innen

Für die in dieser Studie im Mittelpunkt stehende ***Perspektive der Medienschaffenden*** sind insbesondere die „Nahaufnahmen“ von Reporter ohne Grenzen (2025a, 2026) aufschlussreich. Der Report von 2025 stützt sich auf mehr als 60 qualitative Interviews mit freien und fest angestellten Journalist:innen privater und öffentlich-rechtlicher Medien. Er dokumentiert redaktionelle Aushandlungen, Sprachvorgaben, externe Interventionen und persönliche Belastungen. Die Ausgabe von 2026 führt dieses Monitoring anhand weiterer Gespräche und dokumentierter Fälle fort. Hinzu kommen zahlreiche journalistische Selbstreflexionen, Interviews

und Debattenbeiträge. Zusammengenommen vermitteln diese Quellen detaillierte Einblicke in wahrgenommene Einschränkungen journalistischer Arbeit, deren Verbreitung innerhalb der Berufsgruppe allerdings validiert werden muss.

Bereits seit Herbst 2023 beschreiben journalistische Selbstreflexionen ***Polarisierungen in den Redaktionen***. Der taz-Journalist Daniel Bax (2024) kritisierte die Neigung von Kolleg:innen, sich „als Hüter der Staatsräson zu verstehen". Umgekehrt monierten andere Journalist:innen in der Jüdischen Allgemeinen „subtile Stimmungsmache gegen Israel" (Abramowicz, 2024) oder eine „Täter-Opfer-Umkehr" und „israelfeindliche Narrative" (Ossowski, 2024). Der CIVIS-Mediendialog Ende 2025 offenbarte harte Auseinandersetzungen zwischen den eingeladenen Journalist:innen, die kontrastierende Vorwürfe erhoben (CIVIS, 2025). Stefan Niggemeier hatte im Medienkritik-Blog Übermedien bereits am 3. November 2023 bemerkt, dass ein enormer Positionierungsdruck unter Journalist:innen herrsche: „Gerade diejenigen, die sonst fordern, dass Journalismus sich frei machen müsste vom Gedanken und der Absicht, für das vermeintlich Gute zu kämpfen, fordern hierbei, dass die Berichterstattung auf der Grundlage einer klaren Haltung zum Beispiel zum Existenzrecht Israels geprägt sein muss." Hanno Hauenstein (2024) schrieb über Gruppenchats mit anderen Journalist:innen, in denen er „kleine Anker" sieht, „an denen ich mich festhalte, um mich zu vergewissern, dass ich nicht ganz verrückt geworden bin. Dass andere ähnliche Gedanken umtreiben." Ähnliche Erfahrungen dokumentiert die „Nahaufnahme" von Reporter ohne Grenzen (2025a), in der viele Journalist:innen „von einem stark verengten Meinungskorridor bei der Arbeit berichteten" (S. 17).

Als Ausdruck dieses ***verengten Meinungskorridors*** nennen die Berichte die Ablehnung von Artikelvorschlägen, wenn darin die israelische Kriegsführung kritisiert werde (Reporter ohne Grenzen, 2025a, S. 17-20; Resch, 2024; Bax, 2024), strenge Sprachregelungen und Formulierungsvorgaben (Reporter ohne Grenzen, 2025a, S. 17-20; Resch, 2024) und die Dominanz und unkritische Übernahme von Positionen aus regierungstreuen israelischen Quellen (La Marca, 2023; Bax, 2024; Schneider, 2025). Katharina Weiß von Reporter ohne Grenzen berichtet über ihr geschilderte Vorgaben im Rundfunk: „Israelische Quellen dürfen live interviewt werden, palästinensische Quellen hingegen werden nur voraufgezeichnet gesendet" (Mey, 2025; siehe auch Schneider, 2025 und Güler, 2025 zur ungleichen Gewichtung von palästinensischen Quellen). Diese Aussagen verweisen auf unterschiedliche Bewertungen der Glaubwürdigkeit und Anforderungen an die Überprüfung von Quellen. Sie sind als Berichte über konkrete redaktionelle Praktiken einzuordnen, deren Reichweite über die jeweils beschriebenen Fälle hinaus gesondert zu untersuchen ist.

Mehrere Journalist:innen beklagen, dass die von ihnen wahrgenommenen ***Verzerrungen bei der Quellenwahl*** und der Interpretation von Kriegsvorgängen ihre ***Glaubwürdigkeit gegenüber dem Publikum*** und im internationalen Kontext beeinträchtigten (La Marca, 2023; Hauenstein, 2024; Mark, 2026). Karim El-Gawhary, langjähriger Journalist für die taz und den österreichischen ORF, beschreibt eine Diskrepanz zwischen der Berichterstattung etablierter Medien und den in sozialen Medien vermittelten Eindrücken. Er argumentiert, „wenn eine derartige Diskrepanz zwischen der öffentlichen und veröffentlichten Meinung vorhanden ist, dann ist das ein großes Problem" (Mark, 2026). Die Erfahrungsberichte verbinden damit Fragen redaktioneller Entscheidungen mit der Sorge um journalistische Glaubwürdigkeit. Ob und wie

diese Wahrnehmungen mit den Ergebnissen von Inhaltsanalysen und Publikumsbefragungen zusammenhängen, bleibt empirisch zu klären.

Als wichtige Bedingung journalistischer Handlungsspielräume benennen die existierenden Berichte überdies die Entscheidungsbefugnisse von Chefredaktionen und Verlagsleitungen. Reporter ohne Grenzen wiesen in einer Stellungnahme bereits 2024 darauf hin, dass Vorgesetzte als Gatekeeper fungieren. Innermedial diagnostizieren sie vielfach eine ***Hierarchie bei Entscheidungen***, die laut der Berichte und Selbstreflexionen auf der Ebene von Chefredaktionen und Verlagsleitungen liegt. Befragte schildern zudem ***Einflussnahmeversuche*** durch Akteure wie die israelische Botschaft oder die Deutsch-Israelische Gesellschaft, die sich mit Beschwerden direkt an Verlagsleitungen und Chefredaktionen gewandt hätten (Mey, 2025; Güler, 2025; Reporter ohne Grenzen, 2025b). Auch die deutsche Politik könne zumindest mittelbar Einfluss nehmen, argumentiert Tröger (2025), die die Auswirkungen der Antisemitismus-Resolution des Deutschen Bundestags auf die Redaktionen untersuchte. Sie urteilt: „Insbesondere für öffentlich finanzierte Medien wie den ÖRR ist dieser Deutungsrahmen kein abstraktes Problem. Die Resolution bietet ein Einfallstor für inhaltliche Vorgaben sowie personelle Entscheidungen (z. B. durch Kommissions- und Gremienarbeit bei der Neubesetzung vakanter Stellen)“ (S. 279). Tröger problematisiert damit, dass die Bewertung legitimer Kritik an Israel durch politische Vorgaben beeinflusst werden könne, die von sonst herangezogenen völkerrechtlichen Maßstäben abweichen (S. 280). Für die Untersuchung innerer Pressefreiheit stellt sich vor diesem Hintergrund insbesondere die Frage, wie externe Erwartungen innerhalb von Medienorganisationen aufgenommen und in redaktionelle Entscheidungen übersetzt werden.

In den Selbstreflexionen und Berichten nimmt die ***Sorge vor Diffamierung als möglichem Auslöser von Selbstzensur*** einen zentralen Platz ein. Schneider (2025) beschreibt auf Grundlage von Interviews mit sieben Journalistinnen eine „große Furcht in Redaktionen, des Antisemitismus bezichtigt zu werden“. Mehrere Beiträge beschreiben Diffamierungen als konzertierte Kampagnen und bringen diese mit Medien des Springer-Verlags oder pro-israelischen Kanälen wie Mena-Watch und ÖRR Watch in Verbindung (Mark, 2026; Mey, 2025; Niggemeier, 2023). Die geschilderte Zurückhaltung kann dabei bereits aus der Erwartung öffentlicher oder beruflicher Konsequenzen entstehen. Ihre Untersuchung erfordert deshalb, tatsächliche Interventionen und Sanktionen ebenso zu berücksichtigen wie antizipierte Reaktionen.

Daneben dokumentiert Reporter ohne Grenzen ***Anfeindungen und körperliche Übergriffe gegen Journalist:innen*** im Umfeld pro-palästinensischer Proteste in Berlin (Reporter ohne Grenzen, 2025a, 2026). Die dokumentierten Fälle beziehen sich insbesondere auf zwei betroffene Reporter:innen, die von Demonstrierenden dem „anderen“ Lager zugerechnet und vor diesem Hintergrund in ihrer Berichterstattung behindert wurden. Dies erzeugte bei Protesten ein medienfeindliches Klima, das sich generell auf journalistische Arbeit und Sicherheit auswirke (Güler, 2025). Abschließend beschreibt die „Nahaufnahme“ von 2026 außerdem öffentliche Angriffe durch israelische Offizielle sowie Marginalisierungserfahrungen muslimischer, arabischer und palästinensischer Medienschaffender. Die dokumentierten Belastungen betreffen damit unterschiedliche Akteur:innen und reichen von eingeschränkter redaktioneller Mitsprache über öffentliche Diffamierung bis zu Gefährdungen der körperlichen Sicherheit. Diese Formen sollten analytisch unterschieden und zugleich hinsichtlich ihres möglichen Zusammenwirkens untersucht werden.

Forschungslücke und Beitrag der vorliegenden Studie

Der Forschungsstand legt somit nahe, die deutsche Nahostberichterstattung über ihre veröffentlichten Inhalte hinaus als Ergebnis professioneller Routinen, redaktioneller Machtverhältnisse und gesellschaftlicher Auseinandersetzungen zu untersuchen. Offen bleibt insbesondere, wie verbreitet die bislang vor allem qualitativ dokumentierten Erfahrungen sind, welche Gruppen von Journalist:innen sie in besonderem Maße betreffen und wie sie mit wahrgenommenen Handlungsspielräumen und Selbstzensur zusammenhängen. Hier setzt die vorliegende Studie mit einer standardisierten Befragung an. Sie greift die beschriebenen Befunde und Eindrücke bewusst auf und untersucht die Einschätzungen und Erfahrungen von Journalist:innen unter Berücksichtigung ihrer beruflichen Position, ihres Mediensektors und ihrer persönlichen Haltung zum Konflikt.

Methodik

Die Studie basiert auf einer standardisierten Umfrage unter Journalist:innen deutscher Medien, die nach dem 7. Oktober 2023 zum „Nahostkonflikt“ publiziert haben. Die Umfrage wurde im Zeitraum von Anfang Mai bis Ende Juni 2026 mittels des Tools Limesurvey als anonyme Online-Befragung durchgeführt. Die Teilnahme war freiwillig. Teilnahmelinks waren personalisiert, um Mehrfachnutzung zu verhindern, so dass jede angeschriebene Person die Umfrage nur einmal ausfüllen konnte.[2] Die Daten aus den ausgefüllten Fragebögen selbst können jedoch keiner Einzelperson mehr zugeordnet werden.

Der Fragebogen bestand aus fünf Abschnitten mit insgesamt 31 Items, die in der Regel geschlossene (Skalen, Mehrfachauswahl) Antwortformate enthielt. Es gab nur eine offene Frage. Die fünf Teile bezogen sich auf die Einschätzung des allgemeinen „Diskursklimas“ in Medien, Politik und Gesellschaft, eine Einschätzung der „Entwicklungen in den Medien“ generell und im eigenen Medium sowie den „eigenen Umgang“ als Journalist:in mit dem Thema inkl. Fragen zu Einschränkungen und Selbstzensur. Außerdem umfasste der Fragebogen weitere Items zum persönlichen „Kenntnisstand und thematischen Bezug“ rund um Nahost sowie Fragen zur „persönlichen Haltung“. Eingegliedert in die Blöcke wurden Fragen zu demografischen Angaben und zur beruflichen Stellung und Berufserfahrung. Die Bearbeitungszeit des Fragebogens betrug etwa 15 Minuten. Der vollständige Fragebogen ist im Anhang einsehbar.[3]

Auswahl der Befragten

Die ***Stichprobe*** der Umfrage basiert auf einem so genannten *purposive sampling,* das heißt einer bewussten Auswahl der Befragten. Die Umfrage war nicht frei zugänglich und konnte nur von denjenigen Personen ausgefüllt werden, auf die die Auswahlmerkmale zutrafen und die eine persönliche Einladung erhielten.

Für die Auswahl der Befragten wurden folgende Festlegungen getroffen: Zunächst wurden die Medien eingegrenzt. ***Journalistische Medien*** werden hier verstanden als periodisch erscheinende Publikationsorgane mit nachrichtlichem Anspruch – reine Unterhaltungsmedien wurden ausgeschlossen. Die Untersuchung fokussiert auf konventionelle journalistische Ausspielkanäle: Fernsehen, Radio, Print oder Websites. Ausschließlich Social-Media-basierte Plattform-Formate (Instagram, X, Facebook, YouTube etc.) wurden ausgeschlossen. Aus forschungsökonomischen Gründen wurden auch Nachrichtenagenturen wie dpa oder epd nicht mit in die Untersuchung einbezogen. Da sich die Studie der *deutschen* Nahostberichterstattung widmet, wurden nur in Deutschland erscheinende deutschsprachige Medien einbezogen.

Basierend auf dieser Eingrenzung wurden 17 überregionale und 16 regionale Publikationen als stellvertretend für den Printmedienbereich ausgewählt. „Print“ ist hier zu verstehen als Sammelbegriff für journalistische Produkte, die sowohl die klassische gedruckte oder e-Zeitung/Zeitschrift vertreiben, aber auch als Websites und Social-Media-Kanäle teils hohe Reichweiten erzielen (bspw. Spiegel und spiegel.de oder BILD und bild.de). Für die überregionalen Medien wurden Tages- und Wochenzeitungen und -magazine, reichweitenstarke

[2] Bei Mehrfachnutzung desselben Teilnahmetokens wurden die vorherigen Eingaben überschrieben.
[3] Unter http://dx.doi.org/10.17169/refubium-54105

Meinungsführermedien als auch Publikationen mit geringer Auflagenzahl ausgewählt, sowie eine politische Bandbreite von ganz links bis ganz rechts abgedeckt.[4] Der Markt für regionale Zeitungen in Deutschland wird mittlerweile von einigen großen Medienkonzernen wie Madsack, Funke oder Ippen dominiert, die häufig in einer Zentralredaktion so genannte „Mantelteile“ mit nationalen und internationalen Nachrichten produzieren und dann die vor Ort produzierten Lokalteile „ummanteln“. Insgesamt wurden 16 Medienkonzerne identifiziert, die den Regionalzeitungsmarkt deutschlandweit beherrschen. Für jeden Konzern wurde jeweils die auflagenstärkste Zeitung ausgewählt.[5]

Für den Hörfunk wurden die öffentlich-rechtlich organisierten, bundesweit ausgestrahlte Programme des Deutschlandfunks ausgewählt. Der Pool der internationalen Korrespondent:innen wird auch von den Landesfunkhäusern der regionalen ARD-Rundfunkanstalten im Hörfunk genutzt. Private, regionale und lokale Programme und (zum Teil öffentlich mit-finanzierte) Bürgerfunkangebote wurden aus forschungsökonomischen Gründen nicht in die Untersuchung einbezogen.

Für das Fernsehen wurden nationale, frei empfangbare Vollprogramme und Nachrichtensender (öffentlich-rechtlich und privat) ausgewählt. Spartenkanäle und Programmkooperationen wurden ausgeschlossen. Anders als die regionalen öffentlich-rechtlichen Sender bündeln private Medienkonzerne die Produktion von Informationsformaten häufig in zentralen, senderübergreifenden Redaktionen (bspw. produziert RTL News crossmedial auch die Nachrichten für n-tv, VOX und RTL Zwei), so dass hier eine deutliche Dominanz der öffentlich-rechtlichen Sender entsteht.[6]

Für die ausgewählten Medien wurden nun diejenigen ***Journalist:innen recherchiert***, die an der Berichterstattung zum „Nahostkonflikt“ seit Oktober 2023 bis Ende Dezember 2025 beteiligt waren. Dabei wurden für die „Print“medien einschlägige Archive und die Websites der Medien einer Stichwortsuche („Gaza*“, „palästin*“, „israel*“, „Hamas“) unterzogen. Das Ziel war es, alle Auslandskorrespondent:innen, Redakteur:innen und freien Mitarbeiter:innen zu identifizieren, die in diesem Zeitraum mindestens drei eigenständige Beiträge zum Thema veröffentlicht haben. Alle Ressorts – Außenpolitik, Innenpolitik, Wirtschaft, Kultur, Sport oder Lokales – wurden berücksichtigt. In einigen Medien wie bspw. der BILD oder dem Spiegel waren die Namenslisten sehr lang, in den meisten Regionalmedien (mit Ausnahme der Hauptstadt-Zeitungen) dagegen sehr kurz. Diese greifen häufig auf Nachrichtenagenturmaterial bei internationalen Themen zurück, so dass bei vielen Beiträgen zu Nahost nicht von eigenständiger journalistischer Produktion gesprochen werden kann. Publizierende Expert:innen (bspw. Moshe Zuckerman) oder Politiker:innen wurden ausgeschlossen.

[4] Die 17 überregionalen „Print“medien sind: BILD/BamS; Der Freitag; Der Spiegel; Die Zeit; FAZ/FAS; Focus; Frankfurter Rundschau; Handelsblatt; Jüdische Allgemeine Zeitung; Junge Freiheit; Junge Welt; Jungle World; nd – der tag; Stern; Süddeutsche Zeitung; taz – Die Tageszeitung; Welt/WamS. Reine Special-Interest-Medien und Newsletter-basierte Formate wurden ausgeschlossen.

[5] Die 16 ausgewählten Medien sind: Augsburger Allgemeine; Berliner Zeitung; Hannoversche Allgemeine Zeitung; Kölner Stadt-Anzeiger; Märkische Oderzeitung; Mitteldeutsche Zeitung; Münchner Merkur; Passauer Neue Presse; Rheinische Post; Rheinpfalz; Schwäbische Zeitung; Schweriner Volkszeitung; Stuttgarter Zeitung; Tagesspiegel; Weser-Kurier; Westdeutsche Allgemeine Zeitung.

[6] Einbezogene Fernsehsender sind: ZDF (inkl. ZDF neo, ZDF info); BR; HR; MDR; NDR; Radio Bremen; rbb; SR; SWR; WDR; RTL (inkl. RTL Zwei, Vox, n-tv); ProSiebenSat1 (inkl. Sat 1, ProSieben); N24 (inkl. Welt TV).

Für den Rundfunk-Bereich musste ein anderes Auswahlverfahren genutzt werden. Außer beim Deutschlandfunk gibt es kein im Hinblick auf Autorenschaft durchsuchbares Archiv. Bei den öffentlich-rechtlichen Sendern sind viele Beiträge zwar online abrufbar, dies häufig aber nur zeitlich begrenzt. Außerdem sind diese in den seltensten Fällen – außer bei den Auslandskorrespondent:innen und Kommentator:innen – klar mit Autor:innennamen gekennzeichnet. Die vielen Redakteur:innen, die bspw. bei der Tagesschau oder heute zu Beiträgen rund um Nahost recherchieren und zuarbeiten, sind so nicht zu identifizieren. Hier mussten wir also im Vergleich zu den „Print"-Journalist:innen auf eine Mischform im Sampling zurückgreifen: Einerseits wurden mittels Archiv- und Webrecherche Journalist:innen identifiziert (bspw. alle Auslandskorrespondent:innen). Andererseits wurden Schlüsselpersonen („Insider") in Redaktionen kontaktiert, die auf zu den Auswahlkriterien passende Personen verweisen konnten. Schließlich wurde auch innerhalb einiger Redaktionen ein Aufruf zirkuliert, sich bei uns zu melden, wenn Interesse an einer Teilnahme an der Umfrage besteht. Wenn sich Personen gemeldet hatten, wurde jeweils nachrecherchiert, ob die Personen die Auswahlkriterien erfüllen (mindestens als freie Mitarbeiter:innen für die oben aufgeführten Medien gearbeitet und schon einmal zum Thema publiziert haben). Im Vergleich zu den „Print"-Journalist:innen ist das Sample der Rundfunk-Journalist:innen selbst-selektiver. Wenn es Unterschiede zwischen den beiden Journalist:innen-Samples bei den Ergebnissen gab, so wird darauf aufmerksam gemacht.

Für alle namentlich identifizierten Journalist:innen wurden nun in einer aufwändigen Suche ***Email-Kontaktdaten*** recherchiert und in den Verteiler des Fragenbogen-Tools eingepflegt. Bei unzustellbaren Rückläufern wurde bis zu vier Mal weiterrecherchiert, um der Person doch noch die Einladung zur Befragung zukommen zu lassen. Bei 62 Personen war dies nicht möglich, sie wurden aus dem Sample ausgeschlossen. Insgesamt wurde 597 Personen eine Email mit personalisiertem Einladungslink zugestellt.

Antwortquote und Auswertung

Die durchschnittliche allgemeine Response-Rate für den gesamten Fragebogen lag bei 29,98 Prozent. Von den 597 angeschriebenen Personen füllten 145 den Fragebogen vollständig, weitere 34 teilweise aus – insgesamt beteiligten sich also 179 Personen an der Umfrage. Diese Rücklaufquote von rund 30 Prozent entspricht einem überraschend hohen Wert bei Befragungen zu politisch sensiblen Themen und liegt deutlich über der Response Rate von vergleichbaren Umfragen, etwa im akademischen Bereich (z.B. Grimm et al., 2025). Auch die „Durchhaltequote" für diese Befragung ist als sehr gut anzusehen. In Fragebögen nehmen typischerweise die Antwortraten im Verlauf ab, die sogenannte „Fragebogenfatigue". In der vorliegenden Studie ist diese gering ausgeprägt. Es wurden auch sensible Fragen zur eigenen Haltung oder Selbstzensur gleichwertig zu anderen beantwortet. Das Antwortverhalten weicht dabei nicht nennenswert von Medium zu Medium ab: Unter den vollständig ausgefüllten Fragebögen ist nahezu die gesamte Bandbreite des befragten Medienspektrums abgebildet und kein Medium überproportional repräsentiert. Auch von den von uns als Auslandskorrespondent:innen identifizierten Personen haben wie im übrigen Sample knapp 30% den Fragebogen beantwortet. Insofern kann die Ausschöpfung der Stichprobe als überdurchschnittlich gut bezeichnet werden.

Die erhobenen Daten wurden quantitativ-statistisch ausgewertet. Jede Frage wurde zunächst mittels deskriptiver Statistik ausgewertet. Die wesentlichen Befunde werden in den folgenden Ergebnissen und anhand von Tabellen und Grafiken dargestellt. Zur Überprüfung möglicher Sampling-Effekte wurde für alle Fragen einmal unterteilt in diejenigen, die sich als „Print"- und diejenigen, die sich als Rundfunk-Journalist:innen identifiziert hatten. Bei entsprechenden Unterschieden wird dies in den Ergebnissen beschrieben, ansonsten beziehen sich die Ergebnisse auf das komplette Sample. In einem nächsten Schritt wurden stellenweise Antwort-Ausprägungen gebündelt (bspw. „positiv" und „eher positiv" wurde zu „positiv" zusammengefasst), um die Ergebnisse plastischer zu machen. Außerdem wurden Korrelationen zwischen verschiedenen Fragen berechnet – die folgende Darstellung bezieht sich aber weitgehend auf die deskriptive Statistik. Für die einzige offene Frage nach in die Medienarbeit intervenierenden Akteur:innen wurde eine einfache Zusammenfassung erstellt und in die Ergebnisdarstellung eingeflochten.[7]

Mögliche Limitationen

Wie jede Umfrage unterliegt auch diese möglichen Limitationen, die bei der Interpretation der Befunde bedacht werden müssen. Generell gilt: Wir können ***Korrelationen aufzeigen***, aber daraus nicht zwingend kausale Aussagen über die Richtung der beobachteten Zusammenhänge machen, bspw. wenn ein statistischer Zusammenhang zwischen der demografischen Variable „Migrationsgeschichte" und „Selbstzensur" aufgezeigt wird. Die Schlussfolgerung kann zunächst nur sein, *dass* jemand mit Migrationsgeschichte eher dazu neigt Selbstzensur auszuüben als jemand ohne Migrationsgeschichte – nicht *weil* er Migrationsgeschichte hat. Bei der Interpretation der Ergebnisse sind zudem Einschränkungen hinsichtlich der Auswahl der Befragten, der Erhebung subjektiver Wahrnehmungen und der Gestaltung des Fragebogens zu berücksichtigen. Diese betreffen insbesondere die Übertragbarkeit der Befunde, die Messung von Selbstzensur sowie mögliche Kontext- und Reihenfolgeeffekte.

Erste mögliche Limitationen ergeben sich aus unserer ***Auswahl der Befragten***. Die Untersuchung basiert auf einer bewussten Auswahl von Medien und Journalist:innen und ist keine Zufallsstichprobe. Die Anteilswerte beschreiben die Teilnehmenden und lassen sich nicht ohne Weiteres auf den gesamten Berufsstand übertragen. Unterschiede zwischen „Print"- und Rundfunk-Journalist:innen können zudem durch unterschiedliche Rekrutierungswege und Beschäftigungsstrukturen beeinflusst sein. Durch eine Selbstselektion kann es zudem unter den Befragten zu einer Überrepräsentation jener kommen, die sich besonders betroffen fühlen und daher eher teilnehmen. Umgekehrt könnten gerade Journalist:innen, die erhebliche berufliche Nachteile oder Anfeindungen befürchten, trotz zugesicherter Anonymität von einer Teilnahme abgesehen haben. Die Begründungen, die uns angeschriebene Journalist:innen für ihre Nichtteilnahme zusandten, weisen in beide Richtungen. Die Befunde sollten daher vor allem als Hinweise auf Entwicklungen verstanden werden, deren Verallgemeinerbarkeit weitere repräsentative Studien erfordern würde.

[7] Die kompletten deskriptiven Statistiken sind im digitalen Anhang einsehbar unter http://dx.doi.org/10.17169/refubium-54105

Ebenso können Arbeitsbelastung und eine hohe Zahl anderer Befragungsanfragen die Teilnahmebereitschaft verringern. Die Richtung einer möglichen Verzerrung lässt sich daher nicht eindeutig bestimmen. Auch die Rücklaufquote von knapp 30 Prozent schließt systematische Unterschiede zwischen Teilnehmenden und Nichtteilnehmenden nicht aus. Schließlich setzt die Auswahl anhand bereits veröffentlichter Beiträge zudem eine gewisse Sichtbarkeit in der Nahostberichterstattung voraus. Personen, die das Themenfeld frühzeitig gemieden oder nur selten dazu publiziert haben, werden dadurch möglicherweise schlechter erreicht. Dies ist für die Untersuchung von Selbstzensur relevant, weil sich Zurückhaltung auch darin äußern kann, bestimmte Themen gar nicht erst zu bearbeiten.

Darüber hinaus erfasst die Befragung ***subjektive Wahrnehmungen und Selbstauskünfte***. Hierdurch ergeben sich weitere Quellen möglicher Verzerrung. Für journalistisches Handeln kann beispielsweise bereits die Erwartung negativer Konsequenzen relevant sein, unabhängig davon, ob eine Sanktion tatsächlich erfolgt. Zugleich erlauben die Befragungsdaten allein keine unabhängige Überprüfung einzelner Vorfälle, redaktioneller Entscheidungen oder der Motive beteiligter Akteur:innen. Aussagen über wahrgenommene Einschränkungen sollten daher von Aussagen über nachgewiesene institutionelle Praktiken unterschieden werden.

Die gesammelten Selbstberichte können zudem potenziell durch ***soziale Erwünschtheit, strategisches Antwortverhalten und Erinnerungseffekte*** verzerrt sein. Bei einem politisch und beruflich sensiblen Thema könnten Befragte beispielsweise die eigene Unabhängigkeit hervorheben, persönliche Betroffenheit zurückhaltend darstellen oder bestehende Konflikte besonders betonen. Die anonyme Erhebung soll offene Antworten erleichtern; solche Einflüsse lassen sich dadurch jedoch nicht vollständig ausschließen. Hinzu kommt der ***rückblickende Charakter*** vieler Fragen. Die im Mai und Juni 2026 erhobenen Einschätzungen zu Veränderungen seit dem 7. Oktober 2023 beruhen auf Erinnerungen an einen längeren Zeitraum. Aktuelle Entwicklungen und besonders prägende Ereignisse können diese Bewertungen beeinflussen. Die Angaben dokumentieren somit wahrgenommene Veränderungen und ersetzen keine wiederholte Messung derselben Merkmale vor und nach dem 7. Oktober 2023.

Bei der Gestaltung des Fragebogens wurden ***mögliche Priming- und Reihenfolgeeffekte*** berücksichtigt. Vorausgehende Fragen können bestimmte Themen, Erinnerungen oder Bewertungsmaßstäbe gedanklich hervorheben und dadurch die Beantwortung nachfolgender Fragen beeinflussen. Antworten entstehen insofern auch im Kontext der zuvor gestellten Fragen. Die expliziten Fragen zur persönlichen politischen Haltung und zum journalistischen Rollenverständnis wurden deshalb bewusst an das Ende gestellt. Damit sollte das Risiko verringert werden, dass eine vorausgehende politische Selbstpositionierung die Angaben zu beruflichen Erfahrungen, wahrgenommenen Einschränkungen und Selbstzensur beeinflusst. Diese Anordnung kann mögliche Kontexteffekte jedoch nur teilweise begrenzen.[8] Ob und in welchem Ausmaß tatsächlich Reihenfolgeeffekte aufgetreten sind, lässt sich aus dieser Anordnung allein nicht bestimmen. Ein experimenteller Vergleich unterschiedlicher Fragebogenreihenfolgen könnte hierzu belastbarere Aussagen ermöglichen.

[8] Bereits frühere Fragen zur Vertrauenswürdigkeit von Quellen oder zur medialen Aufmerksamkeit für kontroverse Themen können bestimmte Deutungen aktivieren. Die Platzierung der Haltungsfragen am Ende schließt solche Einflüsse somit nicht aus.

Abschließend erlaubt das Querschnittsdesign zwar die Beschreibung von Zusammenhängen, begründet jedoch keine eindeutigen Aussagen über deren ***Ursachen oder Richtung***. Bei Gruppenvergleichen sind außerdem die teilweise geringen Fallzahlen zu beachten. Prozentuale Unterschiede können bei kleinen Teilgruppen bereits durch wenige Antworten deutlich ausfallen und sollten entsprechend zurückhaltend interpretiert werden. Da neben vollständig auch teilweise beantwortete Fragebögen vorliegen, kann sich die Zahl der auswertbaren Fälle zwischen einzelnen Fragen unterscheiden. Fehlende Antworten dürfen dabei weder als Zustimmung noch als Ablehnung interpretiert werden. Für die Bewertung der Ergebnisse sind deshalb die jeweiligen Fallzahlen und Bezugsgruppen maßgeblich, die von uns transparent angegeben werden.

Ergebnisse

Demografische und berufsprofessionelle Beschreibung des Samples

Die Befragten umfassen eine breite ***Alter***sspanne, sie sind zwischen 23-77 Jahren alt, der Median liegt bei 43 Jahren. Insgesamt haben etwas mehr Männer (52%) als Frauen (47%) an der Befragung teilgenommen.[9]

Die Befragten weisen mit 37,5% einen vergleichsweise hohen Anteil an Personen auf, die eine eigene oder familiäre ***Migrationsgeschichte*** haben. Aus anderen Studien wissen wir, dass Journalist:innen mit Migrationsgeschichte in Chefredaktionen deutlich, aber auch allgemein in Redaktionen unterrepräsentiert sind im Vergleich zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung (siehe Neue Deutsche Medienmacher:innen, 2020; Pöttker et al., 2016). Der hohe Anteil in der vorliegenden Befragung kann deshalb verschiedene Ursachen haben: Entweder ist es Journalist:innen mit Migrationsgeschichte ein besonderes Anliegen, sich an einer Umfrage zur Nahostberichterstattung zu beteiligen, oder sie werden überdurchschnittlich oft redaktionell mit Themen betraut oder interessieren sich für Themen, die mit dem Nahostkonflikt in Zusammenhang stehen, und waren deshalb stark in der Stichprobe vertreten. Einige der Ergebnisse deuten darauf hin, dass Journalist:innen mit Migrationsgeschichte stärker als diejenigen ohne den Nahostkonflikt als ein Thema empfinden, bei dem sie sich selbst zensieren (müssen).

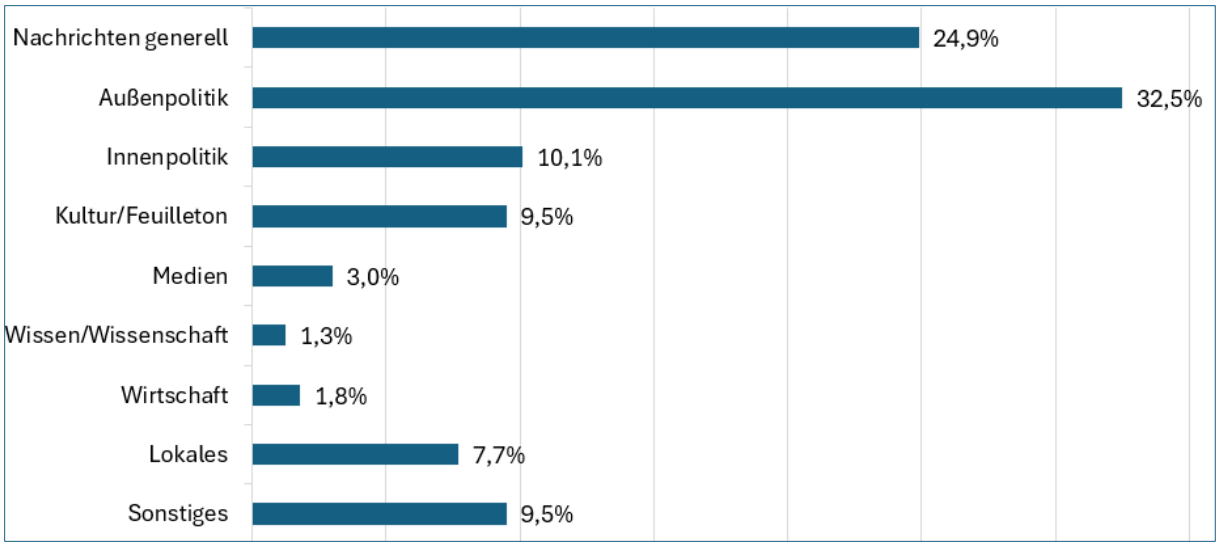
Mehr als zwei Drittel aller Befragten (69%) sind schon mehr als zehn Jahre im Journalismus tätig, bei 40% sind es sogar mehr als 20 Jahre. Das Sample repräsentiert also eine vergleichsweise lange ***Erfahrung im deutschen Journalismus***. 67% sind fest angestellte Redakteur:innen, 29% bezeichnen sich als freie Journalist:innen – wobei hier die Unterschiede zwischen „Print“ (deutlich mehr Festangestellte) und Rundfunk (fast ausgeglichenes Verhältnis von fest/frei) die Realitäten der typischen ***Anstellungsverhältnisse*** in diesen Medien widerspiegeln.

Hinsichtlich des ***Mediensektors*** ordnen sich 54% der Befragten überregionalen und 13% regionalen „Print“medien zu. Weitere 29% arbeiten für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, lediglich 1% der Befragten für den privaten Rundfunk. Diese Verteilung ist sicherlich unserem Sampling geschuldet, allerdings ist das jeweilige Binnenverhältnis (deutlich mehr Journalist:innen produzieren nachrichtlichen Content in überregionalen als in regionalen Medien und deutlich mehr im öffentlich-rechtlichen als im privaten Rundfunk) durchaus realistisch für die Verteilung der Journalist:innen, die sich mit dem Nahostkonflikt in ihrem Berufsalltag beschäftigen.

Erwartbar arbeiten mit 67% die meisten Befragten im Politik***ressort*** (bzw. „Nachrichten“, insbesondere im Bereich Außenpolitik), aber ein Drittel verortet sich auch in anderen Bereichen, so etwa 9,5% vorrangig im Ressort Kultur, 8% im Bereich Lokales und 3% im Bereich Medien, was dafür spricht, dass der Nahostkonflikt das gesellschaftliche Leben in Deutschland in einer großen Bandbreite durchzieht und auch medial breit thematisiert wird.

[9] Prozent-Werte sind für die bessere Lesbarkeit im Text im Ergebnisteil mit %-Zeichen statt dem Wort „Prozent“ angegeben und jeweils mathematisch auf ganze Zahlen gerundet, in den Grafiken werden sie jedoch mit einer Nachkomma-Stelle ausgegeben. Detaillierte Datentabellen finden sich im digitalen Anhang unter http://dx.doi.org/10.17169/refubium-54105

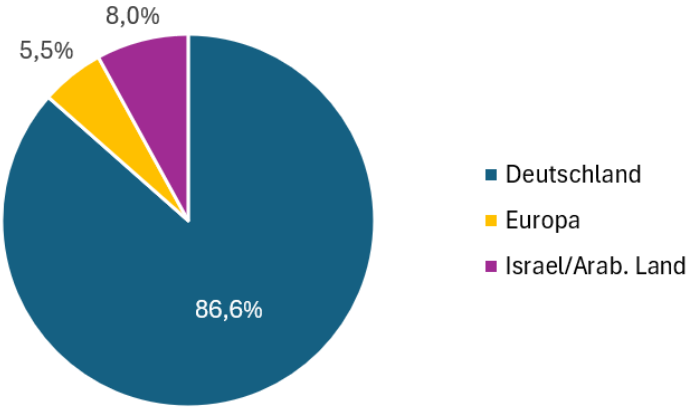
Abbildung 1: Verteilung der befragten Journalist:innen nach Ressorts



Frage 104: In welchem der folgenden Ressorts würden Sie sich primär verorten?
Nur eine Antwort möglich. n=169 (Antwortrate 94,4%).

Schließlich haben wir nach dem ***aktuellen Lebensmittelpunkt*** gefragt: 87% der Befragten berichten aus Deutschland über den Konflikt. 8% sind in Israel oder umliegenden arabischen Ländern ansässig, weitere 5,5% berichten aus anderen europäischen Ländern. Keine:r der Befragten hat seinen Lebensmittelpunkt gegenwärtig in Palästina.

Abbildung 2: Aktueller Lebensmittelpunkt der Interviewten



Frage 108: Wo befindet sich aktuell Ihr Lebensmittelpunkt?
Nur eine Antwort möglich.[10] n=164 (Antwortrate 91,6%).

Kenntnisse und Haltung zum Nahostkonflikt

Aus den Ergebnissen haben wir zunächst zusammengefasst, welches Wissen und welche Haltungen zum Nahostkonflikt die Journalist:innen aufweisen und dies in Verbindung gebracht mit ihrer Einschätzung zur Vertrauenswürdigkeit von Quellen und der Rolle von Journalismus

[10] Rundungsbedingt kann die Summe der Einzelwerte in einigen Grafiken von 100% abweichen.

in der Bearbeitung des Konflikts. Dies soll ermöglichen, die Arbeitsweisen der Befragten nachzuvollziehen und im journalistischen Feld einordnen zu können.

Die Befragten schätzen ihren eigenen ***Kenntnisstand*** zum „Nahostkonflikt“ zu 77% als hoch oder sehr hoch ein. Sie scheinen sich also weitgehend als Expert:innen auf diesem Gebiet zu verstehen. Auch bei den Themen „Antisemitismus“ attestieren sich 77%, bei „Rassismus“ 74% und bei „Islamfeindlichkeit“ noch 58% einen hohen oder sehr hohen Kenntnisstand. Offensichtlich verstehen sich die meisten als gut vorgebildet, wenn es um die „deutschen Dimensionen“ des Konflikts geht. Dafür ist die Regionalexpertise deutlich geringer ausgeprägt: Nur 39% finden, dass sie sich gut oder sehr gut mit der Politik und den Gesellschaften der Region auskennen, und sogar über ein Fünftel sagen auch, dass sie dazu nur geringe oder sehr geringe Kenntnisse haben.

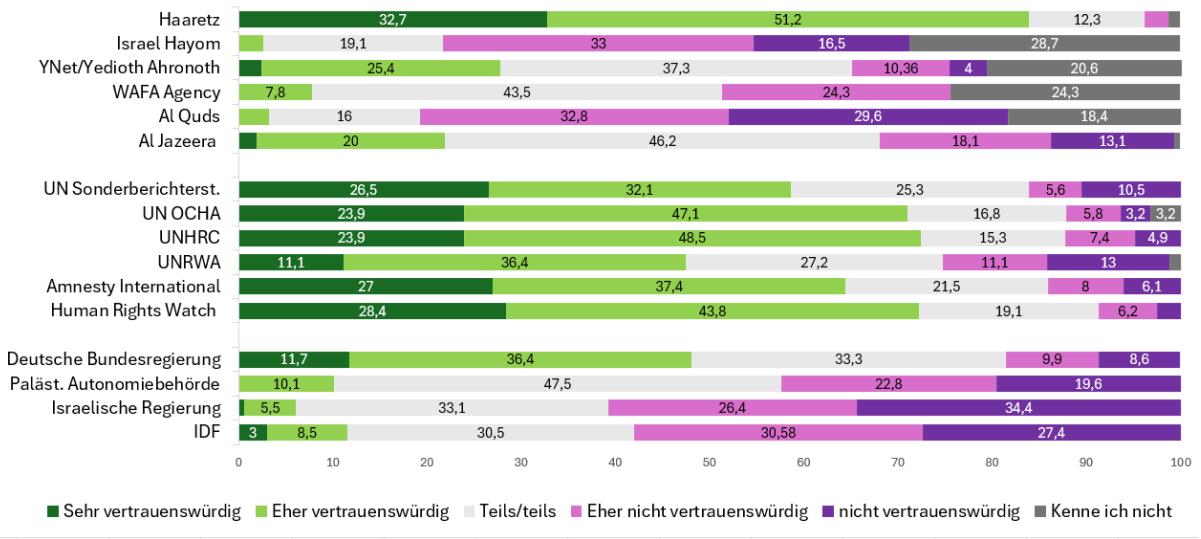
Das Wissen, so sagen die Befragten, speist sich vorrangig aus Sekundär***quellen*** wie Medien (bei 93% der Befragten) oder Fachliteratur (bei 83%). Aber nicht nur: Rund die Hälfte aller Befragten hat bereits Recherchen vor Ort betrieben (56% schon mind. einmal in Israel, 48% mind. einmal in Palästina). Die Hälfte der Befragten gibt auch an, mit lokalen Journalist:innen in Israel oder/und Palästina zusammenzuarbeiten oder gearbeitet zu haben. Wissen wird offensichtlich auch durch persönliche Kontakte generiert, wobei hier die Beziehungen zu Personen in Israel gegenüber denen in Palästina überwiegt: 56% haben Freunde und 13% gar Familie in Israel, 36,5% haben Freunde und 3% Familie in Palästina.

Wir haben dann gefragt, als wie ***vertrauenswürdig*** bestimmte internationale, israelische und arabische Quellen eingeschätzt werden, die politisch und medial Diskurse prägen können. Den höchsten Wert erzielt dabei die links-liberale israelische Zeitung Haaretz mit 85% als sehr oder eher vertrauenswürdig. Offensichtlich gilt sie deutschen Journalist:innen durch ihre häufig regierungskritische Haltung in Israel als Garant für einen ausgewogenen und faktenbasierten Diskurs. Andere israelische Medien wie Israel Hayom oder Ynet oder palästinensische Medien wie Al-Quds oder WAFA News Agency kennen mindestens ein Fünftel der Befragten gar nicht, in der Regel wird ihnen aber auch nicht (stark) vertraut. Der pan-arabische Kanal Al-Jazeera spaltet die Befragten, mit der großen Mehrheit votierend für „teils/teils vertrauenswürdig“. Es gibt also eine selektive Bekanntheit und Auswahl von regional relevanten Medien in der Quellenarbeit.

Weitgehendes Vertrauen genießen Organisationen der Vereinten Nationen (UN OCHA gelten zu 73%, UNHRC zu 72%, die UN-Sonderberichterstatter:innen zu 59% als sehr oder eher vertrauenswürdig) sowie internationale Menschenrechtsorganisationen, die sich häufig zum Konflikt äußern und auch oft eine kritische Perspektive gegenüber der israelischen Kriegsführung einnehmen wie Human Rights Watch (72%) und Amnesty International (64%).

Institutionen und Organisationen wie dem UN-Flüchtlingshilfswerk für die Palästinenser UNRWA (48% sehr oder eher vertrauenswürdig vs. 24% nicht oder eher nicht vertrauenswürdig) oder der deutschen Bundesregierung (ebenfalls 48% (sehr) vertrauenswürdig vs. 18,5% (eher) nicht vertrauenswürdig) wird von rund der Hälfte der Befragten vertraut, hier gibt es aber auch substantielle Teile der Journalist:innen, die Misstrauen gegen diese Quellen hegen.

Abbildung 3: Vertrauenswürdigkeit von Quellen



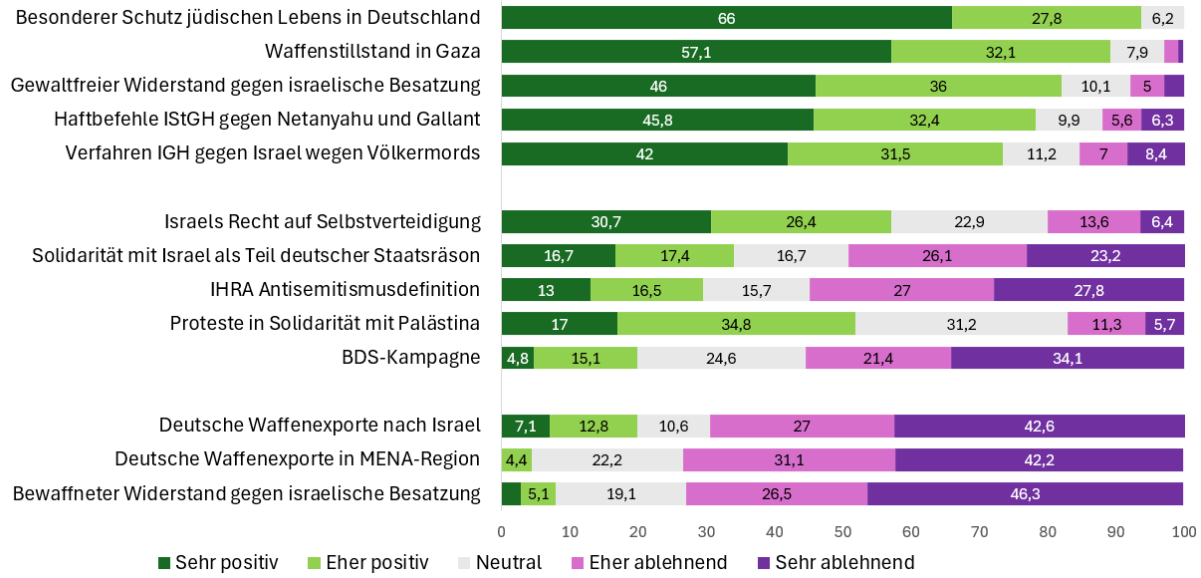
Frage 107: Für wie vertrauenswürdig halten Sie folgende Quellen?
Nur eine Antwort je abgefragter Quelle möglich. Angaben in Zeilenprozent. n je Zeile zwischen 115 bis 164 (Antwortrate entsprechend zwischen 64,3 und 91,6%).

Ein großer Teil (43%) misstraut der Palästinensischen Autonomiebehörde sehr oder eher, aber am schlechtesten hinsichtlich der Vertrauenswürdigkeit schneiden die israelische Armee (IDF) und die israelische Regierung ab: 58% misstrauen der IDF sehr oder eher und gar 61% der israelischen Regierung. Angesichts der Tatsache, dass Inhaltsanalysen der deutschen Berichterstattung vorgeworfen haben, zumindest in den ersten Monaten des Gaza-Kriegs häufig unkritisch die Stimmen der israelischen Regierung oder Armee kolportiert zu haben (siehe bspw. Stapenhorst, 2026; von Zabern & Pröschel, 2026), ist dies ein erstaunlicher Befund. Mögliche Erklärungen können hier sein, dass sich zum Zeitpunkt unserer Umfrage nach zweieinhalb Jahren Krieg die Einschätzungen der Güte von Quellen durch Erfahrungswissen und Enthüllungen über Fehlinformationen (siehe bspw. Holzkamp, 2026) verändert haben. Wahrscheinlich ist aber auch, dass es in Redaktionen unterschiedliche Einschätzungen der Quellenqualität gibt und sich bestimmte Personengruppen mit ihrer Perspektive eher durchsetzen können.

Wir haben die Journalist:innen auch gebeten, uns einen Einblick in ihre ***persönliche Haltung*** zu geben. So haben wir gefragt, ob sie bestimmten Themen im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt persönlich positiv oder negativ gegenüberstehen. Durch das Sample hindurch zeigt sich eine große Tendenz zur normativen Orientierung an Menschen- und Völkerrechtsansätzen, aber auch zivilgesellschaftlicher Protest gegen Unrecht wird goutiert – eine starke Verankerung in Rechtsstaatsprinzipien kennzeichnet also die Mehrheit der befragten Journalist:innen in Bezug auf den Nahostkonflikt.

Jeweils weit über zwei Drittel der befragten Journalist:innen steht folgenden Themen sehr oder eher positiv gegenüber: besonderer Schutz jüdischen Lebens in Deutschland (94%), Waffenstillstand in Gaza (89%), gewaltfreier Widerstand gegen israelische Besatzung (82%), Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs gegen Premierminister Netanyahu und Verteidigungsminister Gallant (78%) sowie das Verfahren des Internationalen Gerichtshofs gegen Israel wegen eines möglichen Verstoßes gegen die Völkermordkonvention (73,5%).

Abbildung 4: Persönliche Bewertung der Dimensionen des Nahostkonflikts



Frage 504: Wie stehen Sie persönlich folgenden Themen gegenüber?
Nur eine Antwort je Aussage möglich. Angaben in Zeilenprozent. n je Zeile zwischen 115 bis 144 (Antwortrate entsprechend zwischen 64,3 und 80,5%).

Umgekehrt stehen mehr als zwei Drittel der Befragten bewaffnetem Widerstand gegen Israel (73%) und deutscher militärischer Unterstützung Israels (70%) oder Waffenexporten in den Nahen Osten (73%) eher oder sehr negativ gegenüber.

Ambivalenzen bzw. eine gewisse Polarisierung zeigen sich in der persönlichen Haltung gegenüber Boykotten, pro-palästinensischen Demonstrationen, dem Recht Israels auf Selbstverteidigung und der deutschen Solidarität mit Israel im Kontext der Staatsräson. Wahrscheinlich sind dies besonders sensible und durch individuelle Sozialisation geprägte Aspekte der persönlichen Positionierung, die zu einer unterschiedlichen Gewichtung dieser Dimensionen führen, während man sich in Fragen der Menschenrechte und der Ablehnung von Diskriminierung und Waffengewalt im deutschen Journalismus weitgehend einig ist.

Wir haben die Journalist:innen zudem nach ihrer Haltung bezüglich der ***Verantwortung von Medien im Kontext des Nahostkonflikts*** gefragt. Dabei standen klassische Aspekte zur Debatte, die gemeinhin im Zusammenhang mit journalistischer Qualität diskutiert werden (siehe Arnold, 2008): Fragen nach Neutralität, Ausgewogenheit, Transparenz und gesellschaftlichen Implikationen.

Ein Journalismus ohne Haltung und normative Bewertungen ist für rund die Hälfte der Befragten im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt nicht vorstellbar, ein weiteres Viertel ist unentschieden, nur die Minderheit lehnt solch einen Haltungsjournalismus ab. Wenn es gar darum geht, dass Menschenrechte verletzt werden, dann stimmen 92% der Aussage (eher) zu, dass „Medien klar Position beziehen sollten“.

Abbildung 5: Bewertung der Verantwortung von Medien im Nahostkonflikt



Frage 505: Wie stehen Sie zu den folgenden Aussagen zur Verantwortung von Medien im Kontext des Nahostkonflikts? (Auswahl einiger Aussagen).
Nur eine Antwort je Aussage möglich. Angaben in Zeilenprozent. n je Zeile zwischen 130 bis 145 (Antwortrate entsprechend zwischen 72,6 und 81%).

Hier ergeben sich stellenweise gewisse Widersprüche mit anderen Qualitätsansprüchen: Zwar sagen 81%, dass Medien darauf achten sollten, ausgewogen über alle Konfliktparteien zu berichten. Gleichzeitig stimmt aber nur knapp die Hälfte dem Anspruch zu, dass allen Konfliktparteien der gleiche Raum geboten werden solle. Wiederum 69% argumentieren dafür, dass gezielt marginalisierte Perspektiven berücksichtigen werden sollten. Hier lässt sich eine gewisse Ambivalenz zwischen dem Triggerwort „Ausgewogenheit“ spüren und dem Anspruch, sich in asymmetrischen Konflikten auch für die weniger dominanten Stimmen einzusetzen. Diese Interpretation wird gestützt durch die übergroße Zustimmung (89%) zur Aussage, dass Medien aktiv gegen Desinformation vorgehen sollten – also das Fact-Checking zur Maxime vor

Veröffentlichung machen – auch wenn dadurch bestimmte Positionen nicht gleichwertig abgebildet würden.

Ebenso wird mit übergroßer Mehrheit Aussagen zugestimmt, die nahelegen, dass die Journalist:innen ihre gesellschaftliche Aufgabe darin sehen, breit und kontrovers zu informieren, selbst wenn Inhalte „polarisierend wirken könnten“ (92%) oder „gesellschaftliche Spannungen verschärfen“ (88%).

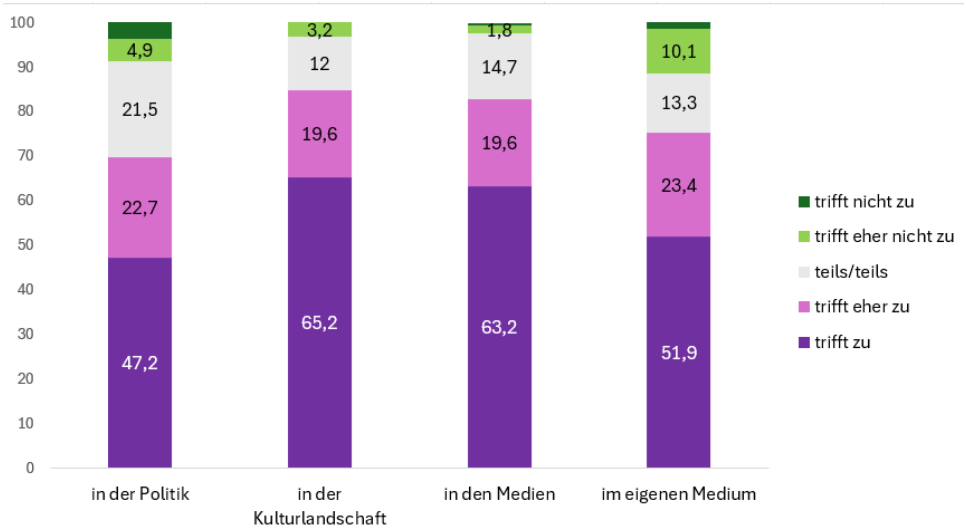
Schließlich meinen 87% der Befragten, dass die deutsche historische Verantwortung die journalistische Berichterstattung über Israel/Palästina NICHT einschränken sollte. Nur 5% sprechen sich für eine entsprechende Einschränkung aus. Umgekehrt sagen aber auch 18%, dass man aufgrund der historischen Verantwortung „bei der Berichterstattung über Israel sensibel und zurückhaltend“ sein sollte, während das 61% nicht so sehen.

Offensichtlich plädiert eine große Mehrheit der befragen Journalist:innen dafür, einen kritischen Haltungsjournalismus einzunehmen, der Menschenrechte und die Asymmetrie des Nahostkonflikts in den Fokus stellt. Dies spiegelt auch die Bewertung von kontroversen Ereignissen und Themen im Nahostkonflikt wider: Die meisten unterstützen friedvolle Gerechtigkeit und lehnen kriegsfördernde Handlungen ab.

Diskursklima und Herausforderungen für den Journalismus

Im nächsten Schritt haben wir herausgearbeitet, wie vor dem Hintergrund dieser Haltungen das Diskursklima, in dem sie in Deutschland allgemein und den deutschen Medien im Speziellen arbeiten, eingeschätzt wird. Wir wollten wissen, welche Herausforderungen sich daraus ergeben und mit welchen Maßnahmen in den Medien darauf reagiert wurde.

Abbildung 6: Wahrnehmung der Änderung des Diskursklimas in Deutschland

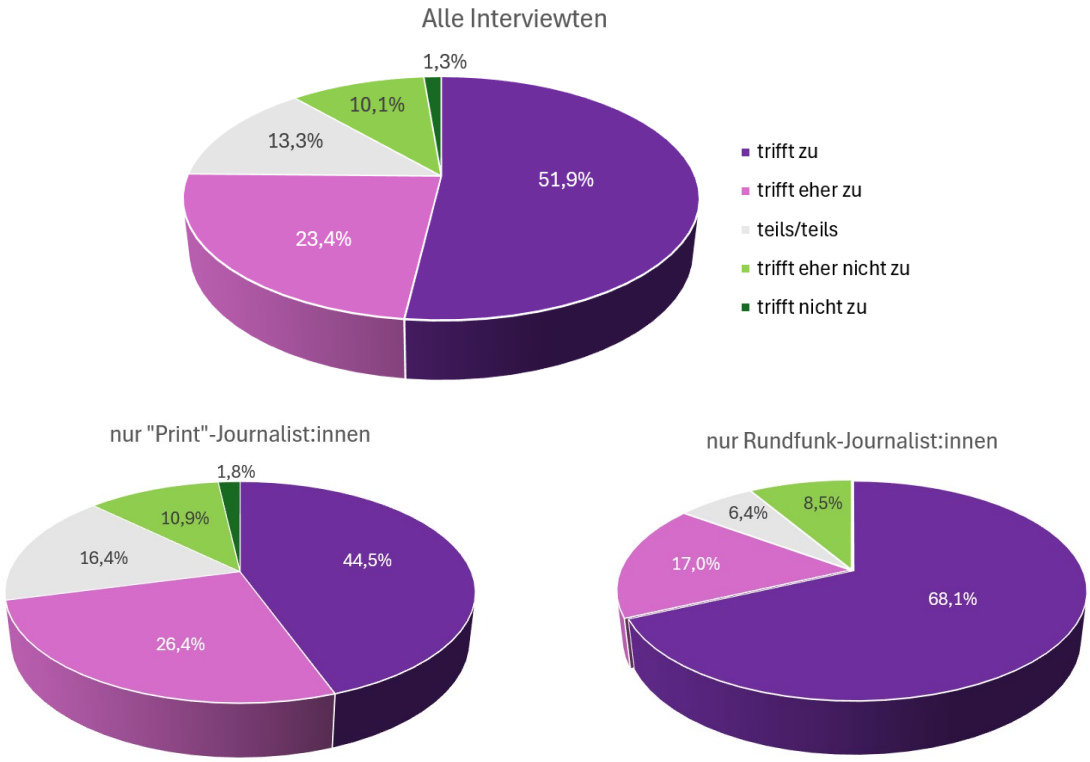


Frage 201: Haben Sie seit dem 7. Oktober 2023 und dem Beginn des Gaza-Kriegs eine Veränderung des Diskurses zum Nahostkonflikt wahrgenommen?
Nur eine Antwort je Item möglich. Angaben in Spaltenprozent. n je Spalte zwischen 158 bis 163 (Antwortrate entsprechend zwischen 88,3 und 91,1%).

Zur allgemeinen Einordnung des ***Diskursklimas in Deutschland*** haben wir gefragt: „Haben Sie seit dem 7. Oktober 2023 und dem Beginn des Gaza-Kriegs eine Veränderung des Diskurses zum Nahostkonflikt wahrgenommen?“ Zur Auswahl haben wir verschiedene Bereiche benannt: in der deutschen Politik, in der deutschen Kulturlandschaft, in den deutschen Medien und im eigenen Medium. Eine übergroße Mehrheit der befragten Journalist:innen sieht eine deutliche Diskursverschiebung in all diesen Bereichen, insbesondere im Kulturbereich (85%) und den Medien (83%). Auch in der Politik sehen noch 70% eine Diskursverschiebung. Jeweils rund zwei Drittel der Befragten bewerten die Veränderungen im Diskursklima in diesen Bereichen als negativ.

Im ***eigenen Medium*** konstatieren 75% eine Änderung des Diskursklimas seit Oktober 2023, wobei hier besonders die Journalist:innen des (öffentlich-rechtlichen) Rundfunks herausstechen, bei denen 85% eine Diskursverschiebung im eigenen Medium sehen. Dieser Unterschied könnte einerseits an der stärkeren Selbstselektion der Rundfunk-Journalist:innen liegen, wahrscheinlicher ist aber, dass eine Veränderung hin zu einem Positionierungs- oder Konformitätsdruck im öffentlich-rechtlichen Rundfunk nach dem 7. Oktober deutlicher zugenommen hat oder wahrnehmbarer geworden ist als in privaten Medien, die ggf. – wie die Medien des Springer-Verlags – schon länger klare Leitlinien im Hinblick auf eine politische Positionierung zum Nahostkonflikt hatten (Hempel et al., 2014), die sich nicht verändern mussten.

Abbildung 7: Änderung des Diskursklimas im eigenen Medium

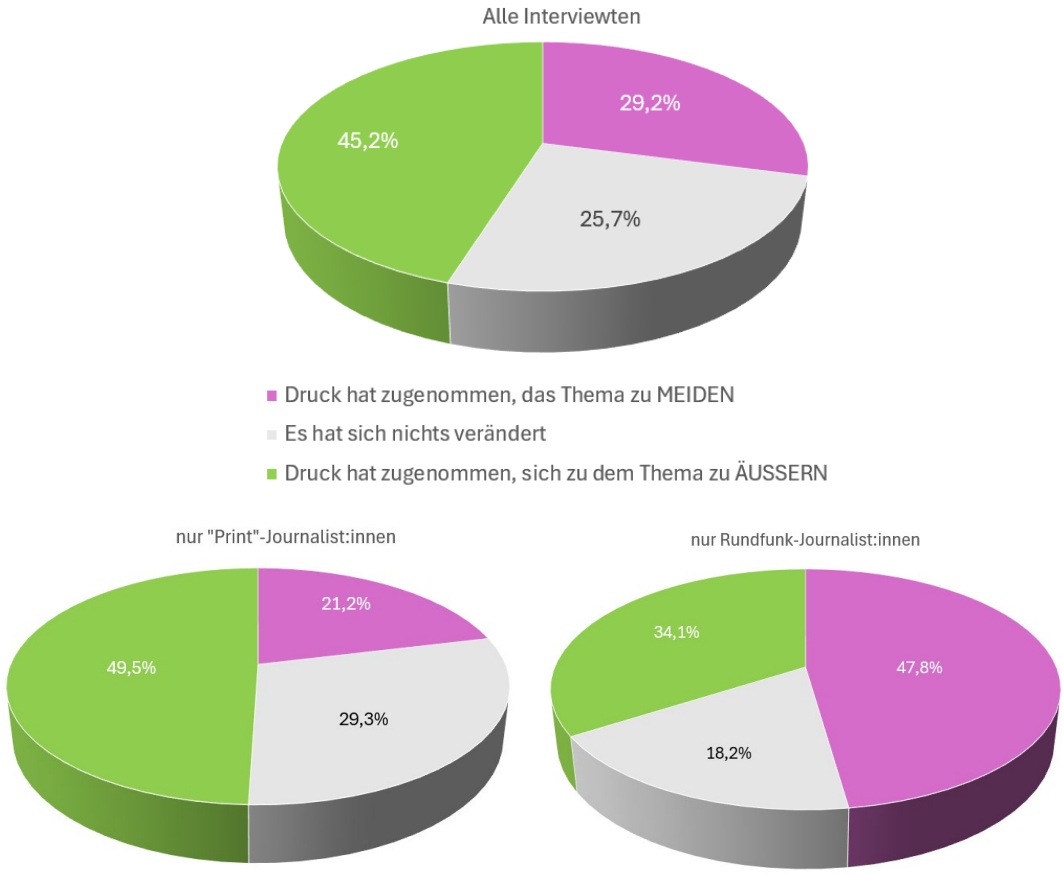


Teilaspekt von Frage 201: Haben Sie seit dem 7. Oktober 2023 und dem Beginn des Gaza-Kriegs eine Veränderung des Diskurses zum Nahostkonflikt wahrgenommen? (hier nur Antwortoption „im eigenen Medium“)
n gesamt=158, „Print“=110, Rundfunk=47 (Antwortrate gesamt 88,3%, „Print“ 91,7%, Rundfunk 92,2%).

Dies wird auch in der Frage nach der ***Bewertung dieser Diskursverschiebung*** deutlich: nur rund 30% der „Print“-Journalist:innen nimmt den veränderten Diskurs im eigenen Medium als negativ wahr, während 65% der Rundfunk-Journalist:innen dies als problematisch sehen.

Tiefergehend haben wir auch danach gefragt, ob sich im eigenen Medium nach dem 7. Oktober 2023 der ***Druck verändert*** habe, über Israel/Palästina zu sprechen. Zwar sagt etwas mehr als ein Viertel der Befragten (26%), es habe sich nichts verändert, aber 45% sagen auch, der Druck habe (deutlich) zugenommen, sich zu dem Thema zu äußern – also zu positionieren – und 29% sagen, der Druck habe (deutlich) zugenommen, das Thema zu meiden. Und auch hier zeigen sich wieder Unterschiede zwischen „Print“- und Rundfunk-Journalist:innen: Während fast die Hälfte der „Print“-Journalist:innen (49,5%) sagt, der Druck, *sich zu äußern*, habe zugenommen, so sagt umgekehrt fast die Hälft der Rundfunk-Journalist:innen (48%), der Druck habe zugenommen, *das Thema zu meiden*. Während in der privaten Medienbranche also eher Positionierungsdruck wahrgenommen wird, scheint im öffentlich-rechtlichen Rundfunk eher Artikulationsangst beim Nahostkonflikt dominant.

Abbildung 8: Wahrnehmung des Drucks auf Journalist:innen zum Thema Nahost

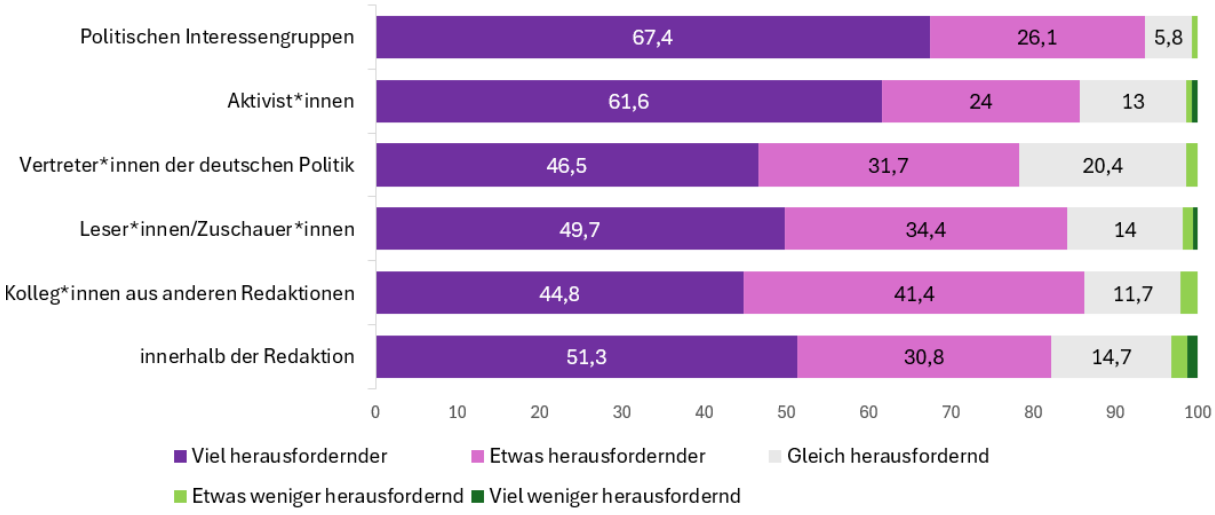


Frage 301: Hat sich in den Medien, für die Sie arbeiten, seit dem 7. Oktober 2023 und dem Beginn des Gaza-Kriegs der Druck verändert, über Israel/Palästina zu sprechen?
Nur eine Antwort möglich. Zusammenfassung der jeweiligen Ausprägungen sehr/etwas. n gesamt = 144, „Print“ = 99, Rundfunk = 44 (Antwortrate gesamt 80,5%, „Print“ 82,5%, Rundfunk 86,3%).

Für die Interpretation dieser Antworten ist aber auch zu berücksichtigen, dass die Antwortskala einen gestiegenen Druck, das Thema zu vermeiden, einem gestiegenen Druck gegenüberstellt, darüber zu sprechen. Beide Erwartungen können jedoch gleichzeitig bestehen, etwa gegenüber unterschiedlichen Vorgesetzten, Kolleg:innen oder Publika. Diese Gleichzeitigkeit wird durch die vorgegebene Skala nur begrenzt abgebildet. Ebenso bedeutet die Angabe, der Druck habe sich nicht verändert, nicht zwangsläufig, dass kein Druck besteht.

Wenn wir konkreter danach fragen, welchen ***Herausforderungen*** sich für die Journalist:innen durch dieses wahrgenommene Diskursklima bei ihrer Arbeit ergeben, so wird deutlich, dass sie sowohl in den Redaktionen selbst als auch mit Journalist:innen anderer Medien, ihrem Publikum und Beeinflussungsversuchen externer Akteur:innen zu kämpfen haben. Es ist durchaus eindrücklich, dass auf all diesen Ebenen von den Befragten mehrheitlich „etwas“ oder „viel herausfordernder“ angekreuzt wurde, umso mehr, weil wir nicht nach einem Vergleich zur Alltagsberichterstattung gefragt haben, sondern nach einem Vergleich zu „anderen Kontroversen“ bei denen bspw. die Pandemie, Migration oder die AfD nicht wenig Diskussionsbedarf in den Medien erzeugt haben dürften. Insbesondere wurde der „Umgang mit politischen Interessengruppen“ oder „Aktivist:innen“ als viel herausfordernder empfunden (dazu weiter unten mehr), mit dem Publikum und der deutschen Politik als etwas herausfordernder.

Abbildung 9: Bewertung der Herausforderungen für Journalist:innen im Umgang mit…



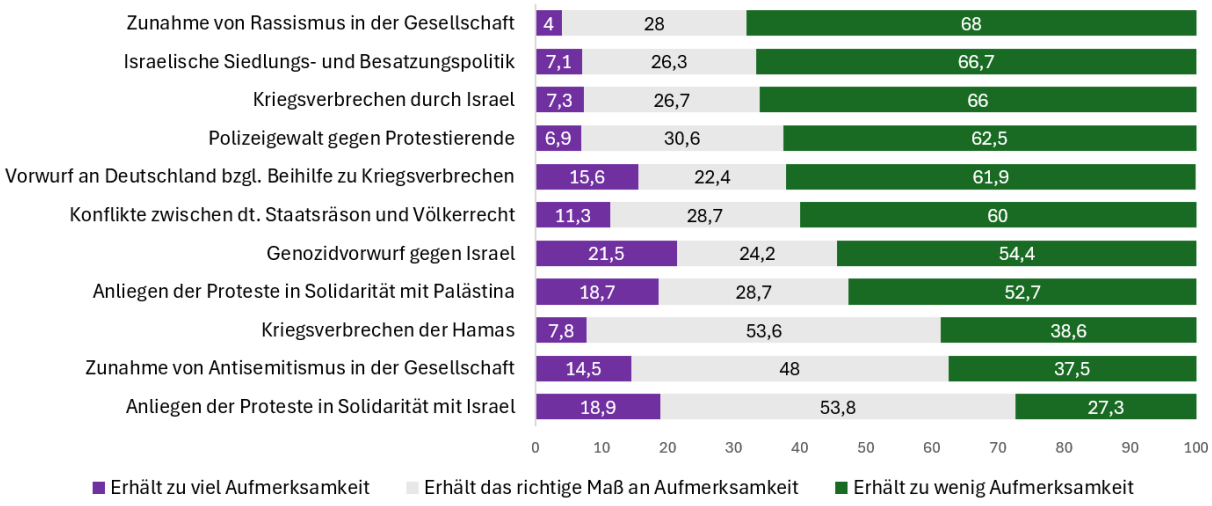
Frage 203: Wie bewerten Sie die Herausforderungen, die durch die Debatten zum Nahostkonflikt für Sie entstehen, im Vergleich zu anderen Kontroversen?
Nur eine Antwort je Item möglich. Angaben in Zeilenprozent. n je Zeile zwischen 138 bis 156 (Antwortrate entsprechend zwischen 79,3 und 87,2%).

Interessant ist aber vor allem, dass offensichtlich die ***Auseinandersetzungen innerhalb der Redaktionen*** selbst und mit den Kolleg:innen anderer Medien zugenommen haben bzw. als nervenaufreibend empfunden werden. 51% sagen, dass die Debatten in der Redaktion „viel herausfordernder“ seien im Vergleich zu anderen Kontroversen und weitere 31% sagen „etwas herausfordernder“. Hier sind wiederum die Unterschiede zwischen den „Print“-Journalist:innen (43% viel bzw. 34% etwas herausfordernder) und den Rundfunk-Journalist:innen (70% viel bzw. 24% etwas) bezeichnend. Dies deutet insgesamt auf eine hohe wahrgenommene Polarisierung bzgl. der Haltung zum Nahostkonflikt unter den Journalist:innen selbst hin, die

offensichtlich in Redaktionen zu finden sind, und/oder – und dies insbesondere beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk – auf eine starke wahrgenommene Hierarchie im Debattenklima: Man meint, gerade gegenüber Entscheidungsträger:innen bestimmte Meinungen nicht mehr aussprechen zu können, weil sie sowieso delegitimiert werden (siehe auch Schneider, 2025; Reporter ohne Grenzen 2025a; 2026).

Ein wesentlicher Streitpunkt in den Redaktionen scheint die ***Themenauswahl bzw. -gewichtung*** im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt zu sein. Wir fragten danach, welche Themen die Journalist:innen als unter-, über- oder angemessen repräsentiert in den deutschen Medien empfinden. Aus der vorgegebenen Liste wurden viele Themen als unterrepräsentiert gekennzeichnet, die mit israelischer Politik, aber vor allem auch mit dem deutschen politischen Umgang mit Israel und mit pro-palästinensischen Protesten in Zusammenhang stehen. Insgesamt finden 68% der Befragten, dass die Zunahme von Rassismus in der Gesellschaft zu wenig Aufmerksamkeit in den Medien erhalte. 67% sagen dies über die israelische Siedlungs- und Besatzungspolitik, 66% über Kriegsverbrechen Israels, 63% über die Polizeigewalt bei Protesten in Deutschland, 62% über die deutsche Beihilfe zu Kriegsverbrechen, 60% über Konflikte zwischen deutscher Staatsräson und dem Völkerrecht und 54% über den Genozidvorwurf gegenüber Israel.

Abbildung 10: Bewertung der medialen Aufmerksamkeit zu Themen des Nahostkonflikts



Frage 204: Wie bewerten Sie die allgemeine mediale Aufmerksamkeit in Deutschland für folgende Themen im Zeitraum seit dem 7. Oktober 2023 und dem Beginn des Gaza-Kriegs?
Nur eine Antwort je Thema möglich. Angaben in Zeilenprozent. n je Zeile zwischen 143 bis 156 (Antwortrate entsprechend zwischen 79,9 und 87,2%).

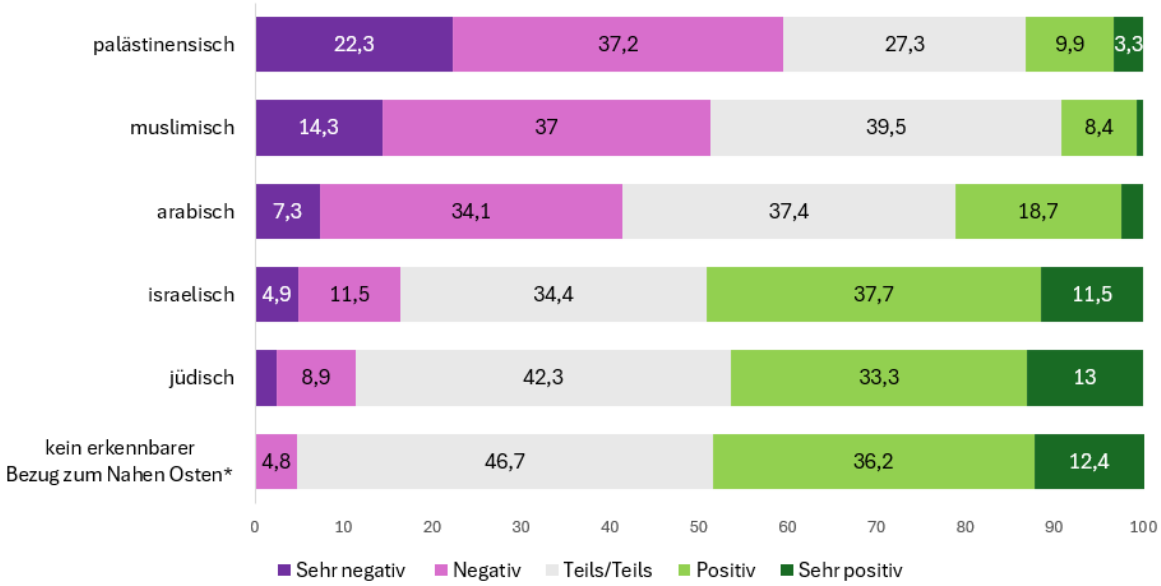
Hier unterscheiden sich wiederum die Antworten der Rundfunk-Journalist:innen an einigen Stellen: Sie sehen bspw. Kriegsverbrechen durch Israel zu 80% als medial unterthematisiert an (vs. 60% der „Print"-Journalist:innen), die Siedlungspolitik Israels zu 74% (vs. 63% „Print") und Polizeigewalt gegen Protestierende zu 74% (vs. 57% „Print"). Hier lässt sich vermuten, dass die Journalist:innen sich bei der Bewertung der Medienaufmerksamkeit stark an ihren eigenen Medien orientieren und dass die problematisierten Themen im Rundfunk möglicherweise weniger Aufmerksamkeit erhalten (können) als in anderen Outlets.

Bei keinem abgefragten Thema findet sich eine Mehrheit, die sagt, es bekomme zu viel Aufmerksamkeit. Dennoch lassen sich bei einigen Themen substantielle Teile von jeweils rund einem Fünftel der Befragten feststellen, die sagen, das Thema sei medial überrepräsentiert. Dies betrifft insbesondere den Genozidvorwurf gegenüber Israel und die Aufmerksamkeit, die die pro-israelischen sowie die pro-palästinensischen Proteste erhalten. Hier wird eine gewisse Polarisierung innerhalb der deutschen Journalist:innenschaft deutlich, die die Aufmerksamkeit für bestimmte kontrovers diskutierte Themen unterschiedlich gewichten.

Ein weiterer Punkt, der aus Sicht der Befragten den medialen Umgang mit dem Konflikt beeinflussen kann, ist die ***Wahrnehmung der Empathie*** gegenüber Betroffenen des Konflikts. Eine Mehrheit empfindet, dass Personen mit Familienbezug zu Israel (60%) bzw. jüdischen Menschen (52%) eine hohe oder sehr hohe Empathie in den Medien zukommt, während sie das bei Personen mit Familienbezug zu Palästina (22%) nicht in gleichem Maße sehen. Hier schwingt vermutlich die Wahrnehmung mit, dass bei Bezügen zu Betroffenen gewisse Hierarchien des Leids gesetzt werden (siehe auch Grimm et al., 2025).

Das Verorten von Personen als zugehörig zu einer bestimmten Gruppe resultiert auch in unterschiedlich ***wahrgenommenen Kompetenzzuschreibungen*** unter Journalist:innen selbst.

Abbildung 11: Wahrnehmung der Auswirkung von Zugehörigkeit auf Kompetenzzuschreibung



Frage 402: In redaktionellen Zusammenhängen kann Journalist:innen je nach wahrgenommener oder zugeschriebener Zugehörigkeit unterschiedlich viel Kompetenz zu bestimmten Themenfeldern zugeschrieben werden. Inwiefern beeinflusst Ihrer Ansicht nach die Zugehörigkeit zu den folgenden Gruppen wie viel Kompetenz Journalist:innen zum Themenfeld Nahostkonflikt zugeschrieben wird?
*vollständiger Text im Fragebogen lautete: „kein erkennbarer persönlicher, familiärer oder biografischer Bezug zum Nahen Osten“
Nur eine Antwort je Item möglich. Angaben in Zeilenprozent. n je Zeile zwischen 105 bis 123 (Antwortrate entsprechend zwischen 58,7 und 68,7%).

Wir haben konkret danach gefragt, inwiefern nach Meinung der Befragten die Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen beeinflusst, wie viel Kompetenz Journalist:innen zum Themenfeld

Nahostkonflikt zugeschrieben wird. Hier werden von Seiten der Interviewten ganz klare Hierarchisierungen vorgenommen, die – so nehmen wir an – aus ihren Alltagserfahrungen in der Medienbranche resultieren. Die meisten Befragten gehen davon aus, dass eine Verortung eines/r Journalisten/in als palästinensisch sich (sehr) negativ auf die Kompetenzzuschreibung auswirkt (59,5%). Ähnlich deutlich wird dies für eine Verortung als Muslim:a (51%) bzw. Araber:in (41%) gesehen. Umgekehrt wird angenommen, dass eine Zuschreibung als israelisch (49%) oder jüdisch (46%) sich (sehr) positiv auf die Kompetenzzuschreibung auswirkt. Ähnliches gilt für als ohne direkt wahrnehmbaren Bezug zur Region konnotierte Journalist:innen: 49% glauben, dass sich dies (sehr) positiv auf die Kompetenzzuschreibung auswirkt. Dies weist auf Erfahrungen hin, dass authentische Kompetenz mit doppelten Standards im Journalismus gemessen wird, und dass es unterschiedliche Vorstellungen davon gibt, wer legitim sprechen darf und wer nicht.

Wie wird diesen vielfältigen Herausforderungen nun in den Medienunternehmen begegnet? Knapp vier Fünftel der Befragten berichten davon, dass unterschiedliche ***Maßnahmen in den Redaktionen*** getroffen wurden. Es ergeben sich drei typische Muster, die wir als „Ausweichen", „Abwehren" und „Qualitätssicherung" zusammengefasst haben.

Abbildung 12: Maßnahmen in den Medien nach dem 7. Oktober 2023



Frage 408: Welche der folgenden Maßnahmen wurden in den Medien, für die Sie arbeiten, seit dem 7. Oktober und dem Beginn des Gaza-Kriegs ergriffen?
Mehrere Antworten möglich. n=145 (Antwortrate 81%).

Als „Ausweichen“ haben wir gezählt, dass 35% sagen, in ihrem Medium wurde eine Anpassung der Themengewichtung zu Nahost vorgenommen, dass 28% angeben, dass Einschränkungen für Kommentare im Social-Media-Bereich gemacht wurden, dass 12% sagen, sie hätten eine Anpassung des Umgangs mit Publikumsfeedback wahrgenommen (dies ist mit 20% bei Rundfunk-Journalist:innen besonders hoch), und dass 10% angeben, dass ihr Medium nun verstärkt Agenturmaterial nutze.

Unter „Abwehren“ haben wir gefasst, dass 34% sagen, in ihrem Medium seien spezifische Sprachregelungen zu Nahost eingeführt worden, dass 25% davon berichten, dass Sicherheitsmaßnahmen in Redaktionsgebäuden vorgenommen wurden, oder dass 20% benennen, dass es eine verstärkte Abstimmung mit Geschäftsführung oder der Rechtsabteilung gäbe.

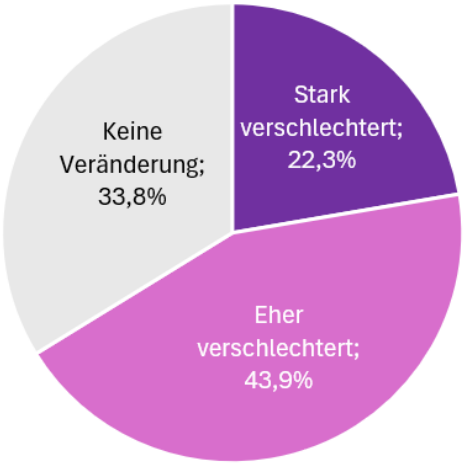
Unter „Qualitätssicherung“ fallen Aussagen wie die von 26%, dass bei ihnen nun das Mehr-Augen-Prinzip bei Nahost-Themen eingeführt worden sei, von 23,5%, die von der Einrichtung von Taskforces berichten, von 19%, die die Einführung von Beratungsangeboten und bei 16% von zusätzlichen Faktenchecks mitbekommen haben. 9% berichten über interne Schulungen, die zu Nahost angeboten wurden. Insgesamt ergibt sich daraus ein ambivalentes Bild: Obwohl Medien ihre Legitimität bei den Nutzenden vor allem über wahrgenommene Qualität sichern müssten, scheinen die Strategien des „Ausweichens“ gegenüber Kritik oder Kontroverse oder des „Abwehrens“ durch rechtliche oder Sicherheitsmaßnahmen im Vergleich zu zusätzlichen Qualitätssicherungsmaßnahmen mindestens gleichwertig angewendet zu werden, wenn nicht gar zu überwiegen. Angesichts eines (weiterhin) fehlenden Vertrauens von einem großen Teil der deutschen Bevölkerung in die Nahostberichterstattung (infratest dimap, 2024; Reinemann, 2025) scheint dies eine zumindest fragwürdige Strategie zu sein.

Pressefreiheit und Selbstzensur

Das Diskursklima zum Nahostkonflikt in Deutschland, in den Medien generell und sogar im eigenen Medium wird also von den meisten Journalist:innen selbst als problematisch eingeschätzt. Was macht das nun mit ihrer eigenen Arbeit im Journalismus? Wir haben danach gefragt, wie sie persönlich die Entwicklung der Pressefreiheit einschätzen, durch wen diese ggf. bedroht wird und welche Bedrohungserfahrungen sie selbst gemacht haben. Abschließend fassen wir dann Befunde zur Selbstzensur der Journalist:innen zusammen – konkret die Gründe, Bereiche und Themen, in denen ein Bedürfnis nach Selbstzensur artikuliert wird.

Nach Auffassung von zwei Dritteln der Befragten hat sich die ***Pressefreiheit*** im Nachgang des 7. Oktober 2023 in Deutschland verschlechtert. Ein Drittel sieht dagegen keine wesentliche Veränderung. Allerdings erkennt auch niemand der Befragten eine Verbesserung der Pressefreiheit.

Abbildung 13: Veränderung der Pressefreiheit in Deutschland nach dem 7. Oktober 2023



Frage 403: Wie hat sich Ihrer Auffassung nach die Pressefreiheit in Deutschland seit dem 7. Oktober 2023 und dem Beginn des Gaza-Kriegs verändert?
Nur eine Antwort möglich. n=148 (Antwortrate 82,7%).

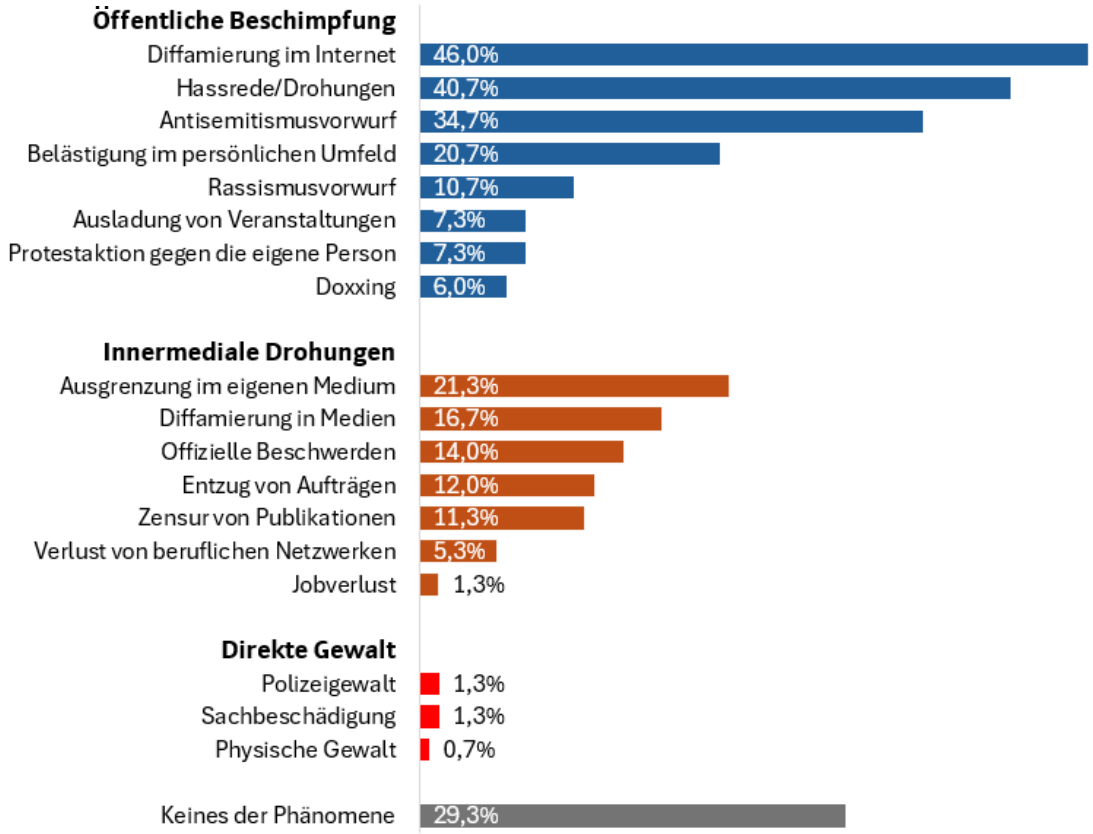
Interessant ist hier eine Korrelation bei denjenigen, die sagen, in ihrem eigenen Medium habe sich der Druck erhöht, Themen rund um den Nahostkonflikt zu meiden: Diese stimmen zu 90% der Aussage zu, dass sich die Pressefreiheit verschlechtert habe, während bei allen anderen nur etwas mehr als die Hälfte dieser Aussage zustimmt. Offensichtlich steht die Wahrnehmung des Grads der Pressefreiheit stark mit Erfahrungen im eigenen Medium in Zusammenhang.

Darüber hinaus wird die Einschätzung zur Pressefreiheit auch durch die Wahrnehmung einer ***Bedrohungslage*** für die Medien allgemein und sich selbst untermauert. Lediglich ein Viertel beurteilt die Bedrohungslage für Journalist:innen als gleichbleibend zur Situation vor Oktober 2023, während fast drei Viertel eine (starke) Zunahme an Bedrohungen für den Journalismus sehen. Hierbei stechen Journalist:innen mit Migrationsgeschichte hervor, von denen 85% sagen, die Bedrohungslage habe zugenommen, während dies aber auch 66% derjenigen ohne Migrationsgeschichte so sehen.

Zu konkreten eigenen ***Bedrohungserfahrungen*** befragt, sagen zwar 29%, sie seien von keinem der genannten Aspekte betroffen, 71% berichten aber von mindestens einer oder mehreren Bedrohungserfahrungen. Tätliche Bedrohungen wie Polizeigewalt, Sachbeschädigung oder physische Gewalt fallen auch nur in geringem Maße ins Gewicht, dies haben jeweils 1% der Befragten erlebt. Zwei andere Arten von Bedrohungen sind aber virulent: Zum einen hat eine Vielzahl an Journalist:innen öffentliche (nicht-physische) Bedrohungen erlebt wie Diffamierung im Internet (46% gaben an, persönlich davon betroffen zu sein), Hassrede/Drohungen (41%) oder Antisemitismusvorwürfe (35%). Zum anderen werden von vielen aber auch innermediale Bedrohungsformen aufgezeigt wie Ausgrenzung im eigenen Medium (21%), Diffamierung in (anderen) Medien (17%), offizielle Beschwerden (14%), Entzug von Aufträgen (12%), Zensur von Publikationen (11%); und 1% spricht von einem Jobverlust. Hier wird also eine Bedrohung der inneren Pressefreiheit im weiteren Sinne diagnostiziert. Innere Pressefreiheit meint, dass auch innerhalb der Angehörigen eines Medienunternehmens unterschiedliche Meinungen bestehen können sollten, ohne dass diese – bspw. durch Verleger:innen oder Chefredaktionen – unterdrückt würden. Im weiteren Sinne sollte innere Pressefreiheit ebenso zwischen

verschiedenen Medien gelten, aber auch dies scheint problematisch zu sein, wenn fast ein Fünftel über Diffamierung in (anderen) Medien klagen.

Abbildung 14: Eigene Bedrohungserfahrungen im Zusammenhang mit Nahostberichterstattung



Frage 405: Waren Sie seit dem 7. Oktober 2023 und dem Beginn des Gaza-Kriegs aufgrund Ihrer Arbeit zum Nahostkonflikt von folgenden Phänomenen betroffen?
Mehrere Antworten möglich, außer wenn angekreuzt „bin von keinem der Phänomene betroffen". n=150 (Antwortrate 83,8%).

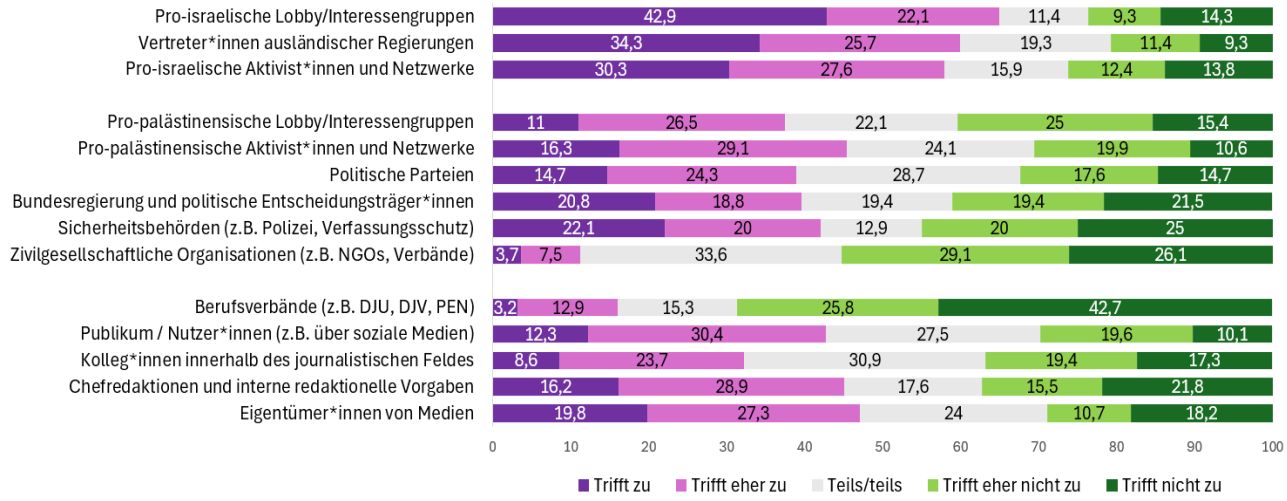
Wir haben weiter gefragt, von ***welchen Akteur:innen solche Bedrohungen für die Pressefreiheit*** im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt ausgehen, und dabei sowohl eine Liste generischer Akteure vorgegeben als auch in einer offenen Kategorie nach konkreten Nennungen gefragt. Am häufigsten werden insgesamt pro-israelische Lobbyorganisationen und Interessengruppen genannt, die von 65% der Befragten als bedrohlich für die Pressefreiheit gesehen werden, gefolgt von Vertreter:innen ausländischer Regierungen mit 60% und pro-israelischen Aktivist:innen und Netzwerken mit 58%. In den offenen Kommentaren werden ganze 41-mal die israelische Botschaft bzw. ihr Botschafter in Deutschland oder israelische Regierungsmitglieder benannt, des Weiteren mehrfach die Deutsch-Israelische Gesellschaft (und explizit ihr gegenwärtiger Vorsitzender), der Zentralrat der Juden sowie Antisemitismusbeauftragte.

Bei anderen abgefragten Akteur:innen wie pro-palästinensischen Lobbyorganisationen, pro-palästinensischen Aktivist:innen, aber auch deutschen Sicherheitsbehörden, politischen Parteien oder der Bundesregierung zeigt sich nahezu eine Gleichverteilung über die 5er-Skala hinweg. Das heißt, die einen sehen sie als sehr oder eher bedrohlich an, die anderen als nicht

oder eher nicht bedrohlich und ein weiteres Fünftel urteilt: teils/teils. Dies zeugt von einer stark polarisierten Wahrnehmung in der Journalist:innenschaft, die vermutlich im Zusammenhang mit der eigenen Haltung zu den Konfliktparteien interpretiert werden muss. Die Einschätzung kann aber auch von individuell sehr unterschiedlichen Erfahrungen herrühren, die mit den entsprechenden Akteur:innen gemacht worden sind oder eben nicht. In der offenen Frage nach Bedrohungsakteur:innen wird bei als pro-palästinensisch eingeschätzten Akteur:innen eine ganze Bandbreite genannt, offensichtlich ist hier die Bedrohungswahrnehmung diffuser und nicht so klar benennbar wie bei als pro-israelisch konnotierten Akteur:innen. Es werden 16-mal allgemein pro-palästinensische Aktivist:innen benannt und dann vereinzelt Kampagnen wie All Eyes on Gaza und BDS, aber auch „Islamisten“, Hamas, Iran, Hisbollah, Syrien, die Golf-Staaten und die Türkei. Als am wenigsten bedrohlich werden zivilgesellschaftliche Organisationen (11%) und Berufsverbände (16%) eingeschätzt, allerdings wird zweimal explizit der dju-Landesverband Berlin (Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union) genannt.

Wiederum bedenklich und im Zusammenhang mit der oben bereits besprochenen ***Bedrohung der inneren Pressefreiheit*** zu sehen ist, dass 45% der Befragten die Chefredaktionen, 47% die Eigentümer:innen von Medien und 32% die eigenen journalistischen Kolleg:innen als bedrohlich einstufen. Bei den Rundfunk-Journalist:innen liegen diese Werte noch höher: Jeweils 56% sehen die Chefredaktion und Eigentümer:innen von Medien als bedrohlich an. In den offenen Kommentaren wird deutlich, dass dies vor allem mit bestimmten Medien und Journalist:innen in Zusammenhang gebracht wird. Ganze 18-mal wird die BILD-Zeitung bzw. der Springer-Verlag genannt, aber mehrfach auch die Jüdische Allgemeine Zeitung, das rechtspopulistische Portal Nius oder weitere als rechtskonservativ eingeschätzte Journalist:innen.

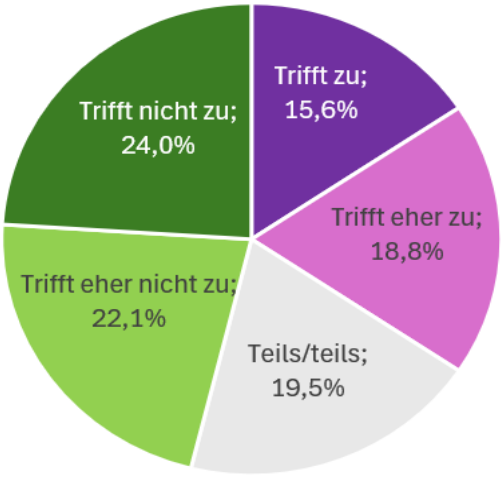
Abbildung 15: Wahrgenommene Bedrohung der Pressefreiheit durch spezifische Akteur:innen



Frage 406: Geht Ihrer Einschätzung nach von den folgenden Akteur:innen eine Bedrohung für die Pressefreiheit in Deutschland im Kontext des Nahostkonflikts aus?
Mehrere Antworten möglich. Angaben in Zeilenprozent. n je nach Zeile von 124 bis 145 (Antwortrate entsprechend zwischen 69,3 und 81%).
+ Frage 407: Wenn Sie konkrete Akteure:innen nennen könnten, von denen Ihrer Wahrnehmung nach eine Bedrohung für die Pressefreiheit im Kontext des Nahostkonflikts ausgeht, welche wären dies? Offene Antwortkategorie. n=138 (Antwortrate 77,1%).

Führt diese Wahrnehmung der bedrohten Pressefreiheit nun zu verstärkter ***Selbstzensur*** bei deutschen Journalist:innen rund um den Nahostkonflikt? Die Ergebnisse fallen hier ambivalent aus und müssen differenziert eingeordnet werden. Auf die direkte Frage, ob die Befragten ein Bedürfnis verspüren, sich bei der Thematisierung von Israel/Palästina selbst zu zensieren oder sich lieber nicht zu äußern, antworten 35% mit ja, 19% mit teils/teils und 46% mit nein.

Abbildung 16: Bedürfnis zur Selbstzensur

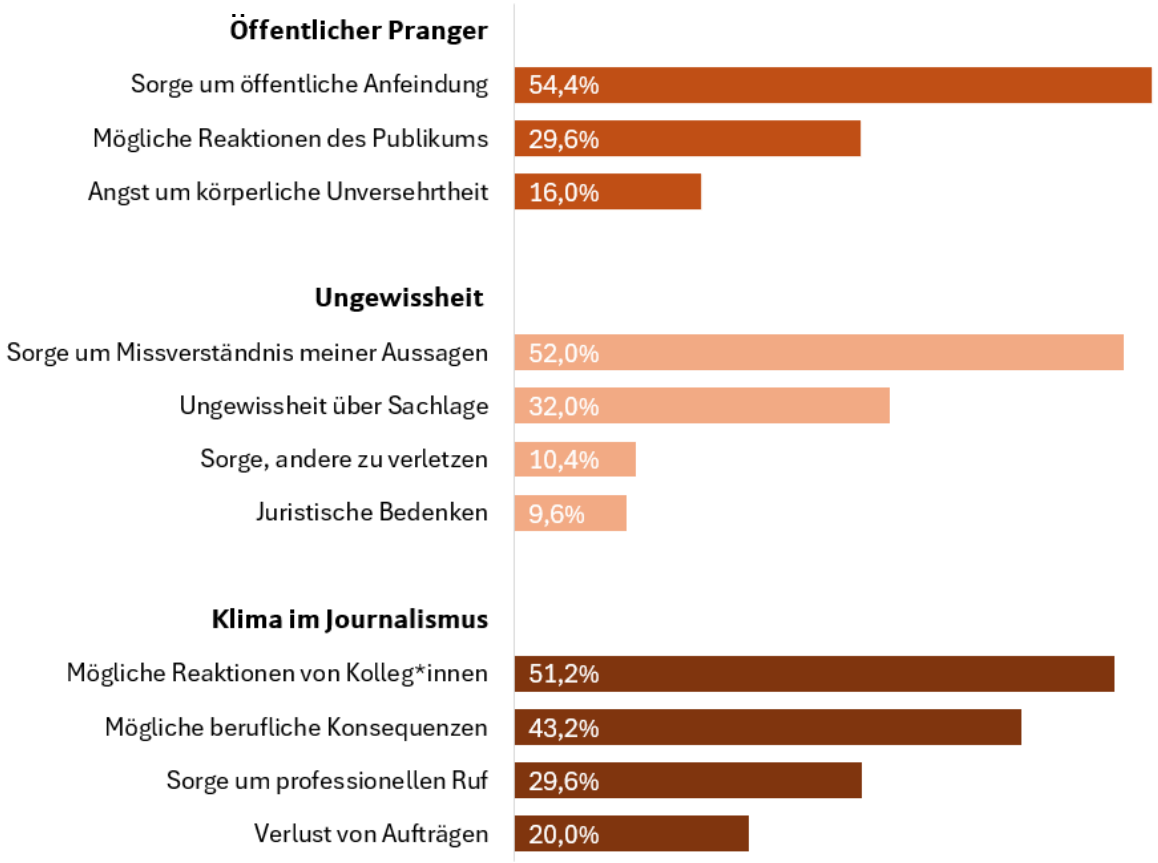


Frage 302: Verspüren Sie ein Bedürfnis, sich bei der Thematisierung von Israel/Palästina selbst zu zensieren oder lieber nicht zu äußern?
Nur eine Antwort möglich. n=154 (Antwortrate 86%).

Offensichtlich ist das Bedürfnis nach Selbstzensur bei bestimmten Gruppen aber durchaus unterschiedlich ausgeprägt: Freie Mitarbeiter:innen (52%) verspüren viel stärker den Hang zur Selbstzensur als angestellte Journalist:innen (26%), diejenigen mit Migrationsgeschichte geben zu 47% an, zur Selbstzensur zu neigen im Vergleich zu nur 29,5% ohne Migrationsgeschichte. Selbstzensur hat also neben der allgemeinen Wahrnehmung eines toxischen Diskursklimas auch mit der Selbstverortung als möglicherweise besonders prekär oder verletzlich innerhalb des journalistischen Feldes zu tun.

Selbstzensur kann dabei drei ***Arten von Gründen*** haben: 1) die Sorge, öffentlich an den Pranger gestellt zu werden (bspw. durch öffentliche Anfeindung bei 54%, durch (negative) Reaktionen aus dem Publikum bei 30% oder Angst um körperliche Unversehrtheit bei 16%); 2) die Sorge um vermeintliches Unwissen oder Missverständnisse (bspw. durch Sorge um Missverstandenwerden der eigenen Aussagen bei 52%, Ungewissheit über die Sachlage bei 32% oder juristische Bedenken bei 10%); und 3) die Sorge um Probleme in der eigenen Arbeitssphäre (bspw. durch mögliche Reaktionen bei Kolleg:innen und Vorgesetzten bei 51%, mögliche berufliche Konsequenzen bei 43%, Sorge um den professionellen Ruf bei 30% oder den Verlust von Aufträgen bei 20%).

Abbildung 17: Gründe für Selbstzensur

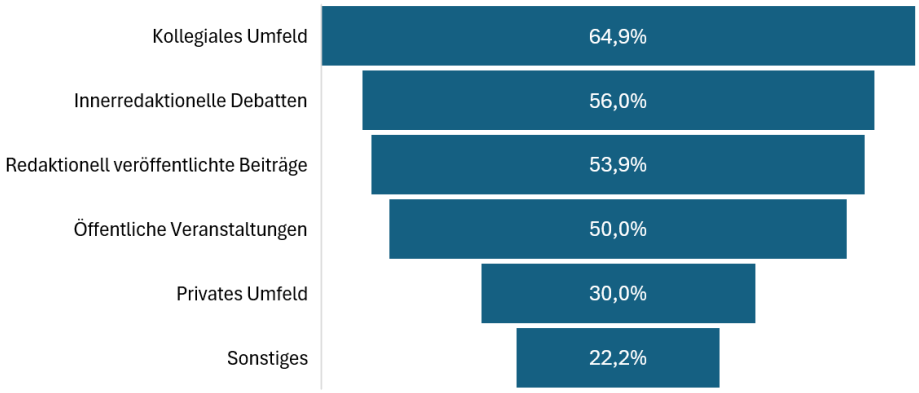


Frage 305: Aus welchen Gründen verspüren Sie das Bedürfnis, Ihre Äußerungen zu Israel/Palästina einzuschränken?
Mehrere Antworten möglich. n=125 (Antwortrate 69,8%).

Stellt man diese drei Arten mit denjenigen in Zusammenhang, die von sich sagen, dass sie stärker zur Selbstzensur neigen, dann wird vor allem das Klima im Journalismus genannt (55%), erst dann folgen die Angst vor dem öffentlichen Pranger (49%) und Sorge um Unwissen (41%).

Dies wird umso deutlicher, wenn man nach den ***Bereichen*** fragt, in denen Selbstzensur geübt wird. Generell werden von allen Befragten „redaktionell veröffentlichte Beiträge“ mit 60% am häufigsten genannt. Bezieht man aber nur die Personen mit ein, die bei Frage 302 ihr Bedürfnis nach Selbstzensur als (sehr) hoch beschrieben haben, so ergibt sich ein anderes Bild: dann wird der höchste Wert für ausgeübte Selbstzensur für den Bereich des kollegialen Umfelds (65%) angegeben bzw. für innerredaktionelle Debatten (56%).

Abbildung 18: Bereiche von Selbstzensur

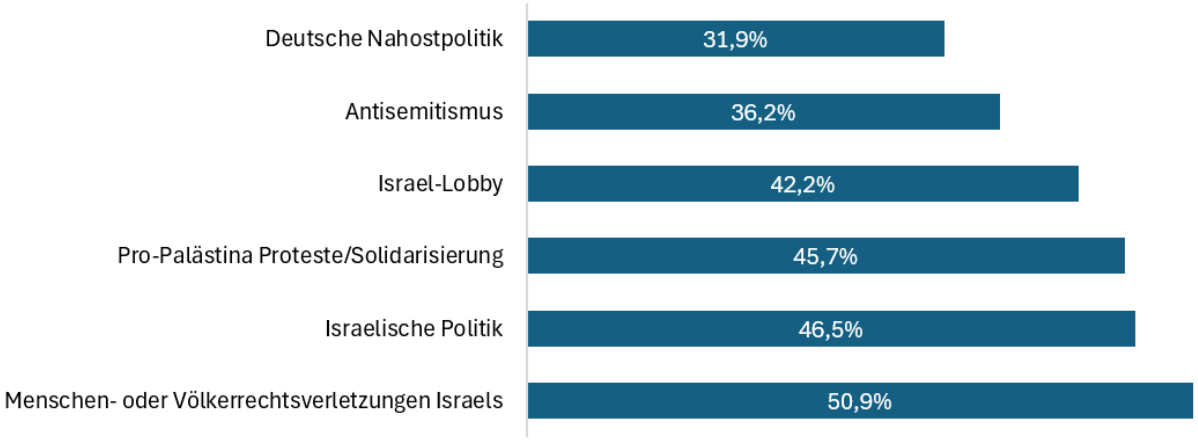


Frage 306: In welchem Bereich verspüren Sie am stärksten das Bedürfnis, sich selbst zu zensieren oder lieber nicht zu äußern?
Mehrere Antworten möglich. Angaben hier nur für diejenigen, die in Frage 302 nach dem Bedürfnis nach Selbstzensur mit trifft/eher zu geantwortet haben. n=53.

Auch hier wird wieder das Dilemma der inneren bzw. innermedialen Pressefreiheit deutlich – Selbstzensur hängt offensichtlich stärker zusammen mit einem als problematisch empfundenen medialen und redaktionellen Diskursklima als unmittelbar mit öffentlichem oder politischem Druck. Wahrscheinlich ist aber auch, dass äußerer Druck mittelbar in die Redaktionen weitergetragen wird bspw. durch Chefredaktionen oder auch Eigentümerstrukturen oder beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk durch Entscheidungsgremien wie Verwaltungs- und Rundfunkräte (siehe zur Arbeitsweise der Medienaufsicht auch Mey, 2026).

Themen, die am ehesten als ***Auslöser für Selbstzensur*** empfunden werden, sind vor allem solche in Zusammenhang mit „Israelkritik“ und den deutschen Umgang mit Israel bzw. Antisemitismus; aber auch die Proteste in Solidarität mit Palästina lösen Zurückhaltung aus. Am häufigsten wurden als potentiell Probleme generierende Themen genannt: Menschen- oder Völkerrechtsverletzungen Israels (51%), israelische Politik (47%), pro-Palästina Proteste/Solidarisierung (46%); Israel-Lobby (42%), Antisemitismus (36%) und deutsche Nahostpolitik (32%).

Abbildung 19: Für Selbstzensur besonders anfällige Themen



Frage 304: Zu welchem Thema verspüren Sie am stärksten das Bedürfnis, sich selbst zu zensieren?
Mehrere Antworten möglich. Auswahl der meistgenannten Themen. n=116 (Antwortrate 64,8%).

Korreliert man nun die persönliche Haltung zu bestimmten Themen mit dem Bedürfnis nach Selbstzensur, so wird deutlich, dass bestimmte Haltungen als sagbarer gelten im deutschen Diskurs als andere. Je positiver eine Person in unserer Umfrage bspw. deutschen Waffenexporten nach Israel oder in den Nahen Osten, Israels Recht auf Selbstverteidigung, der IHRA-Definition von Antisemitismus und dem besonderen Schutz jüdischen Lebens in Deutschland gegenübersteht, desto weniger Bedürfnis hat sie, sich selbst zu zensieren. Umgekehrt haben Personen, die die Haftbefehle gegen Netanyahu und Gallant, die Verfahren vor dem Internationalen Gerichtshof gegen Israel wegen eines möglichen Verstoßes gegen die Völkermordkonvention oder bewaffneten Widerstand gegen die israelische Besatzung befürworten, ein höheres Bedürfnis, sich selbst zu zensieren.

Selbstzensur ist also kein dominantes Muster der deutschen Nahost-Journalist:innen, aber durchaus in hohem Maße vorhanden. Besonders anfällig sind dafür freie Journalist:innen und diejenigen mit Migrationsgeschichte. Offensichtlich ist neben Einmischungen politischer Akteur:innen (hier wurden vermutlich je nach persönlicher Haltung entweder pro-israelische oder pro-palästinensische Akteur:innen benannt) besonders ein toxisches Diskursklima in Redaktionen und zwischen Medien mit unterschiedlicher politischer Linie ein Auslöser für journalistische Selbstzensur.

Fazit und Handlungsempfehlungen

Die hier vorgestellten Befunde weisen auf erhebliche Spannungen zwischen journalistischen Qualitätsansprüchen und den wahrgenommenen Bedingungen der deutschen Berichterstattung über Israel und Palästina hin. Unter der normativen Prämisse, dass eine unabhängige Presse und die offene Auseinandersetzung über gesellschaftliche Konflikte konstitutive Elemente demokratischer Öffentlichkeit sind, erscheinen die berichteten Einschränkungen besorgniserregend. Zwei Drittel der Befragten sehen eine Verschlechterung der Pressefreiheit seit dem 7. Oktober 2023, fast drei Viertel eine gestiegene Bedrohungslage für den Journalismus. Diese Wahrnehmungen gehen mit öffentlichen Anfeindungen, Konflikten im beruflichen Umfeld und einem bei einem erheblichen Teil der Befragten vorhandenen Bedürfnis nach Selbstzensur einher.

Im Zentrum steht dabei die ***innere Pressefreiheit***. Die Hierarchien in Redaktionen treten aus den Daten als problembehafteter Faktor hervor. Fast die Hälfte der Befragten nimmt im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt ihre Chefredaktionen beziehungsweise die jeweiligen Medieneigentümer:innen als bedrohlich für die Pressefreiheit wahr. Das kollegiale Umfeld und innerredaktionelle Debatten gehören zugleich zu den am häufigsten genannten Bereichen der Selbstzensur. Die Befunde lenken damit den Blick auf redaktionelle Hierarchien und informelle Grenzen dessen, was innerhalb von Medienorganisationen als sagbar gilt. Inwieweit diese Grenzen durch externe Interventionen entstehen, durch Führungsebenen vermittelt werden oder aus Konflikten unter Kolleg:innen hervorgehen, lässt sich mit der vorliegenden Befragung nicht abschließend bestimmen.

Äußerer Druck bleibt gleichwohl bedeutsam. Pro-israelische Lobbyorganisationen und Interessengruppen werden unter den abgefragten Akteursgruppen am häufigsten als bedrohlich für die Pressefreiheit eingeschätzt. Bei pro-palästinensischen Akteur:innen sowie deutschen politischen Institutionen und Sicherheitsbehörden fallen die Bewertungen deutlich uneinheitlicher aus. Zugleich berichten viele Befragte von persönlichen Erfahrungen mit Diffamierung, Hassrede, Drohungen und Antisemitismusvorwürfen. Diese Angaben erfassen unterschiedliche Erfahrungen und Zuschreibungen; sie erlauben keine pauschale Bewertung der Berechtigung einzelner Vorwürfe oder der Tätigkeit ganzer Akteursgruppen. Sie verdeutlichen aber, dass öffentliche Auseinandersetzungen für einen erheblichen Teil der Befragten mit persönlichen und beruflichen Risiken verbunden sind.

Bemerkenswert ist die ungleiche Verteilung des ***Selbstzensurbedürfnisses***. Während insgesamt 35 Prozent ein solches Bedürfnis bejahen, sind es vor allem die Journalist:innen mit geringerer Jobsicherheit, die das stärkste Bedürfnis verspüren, sich selbst zu zensieren. Auch Personen mit Migrationsgeschichte berichten deutlich häufiger entsprechende Zurückhaltung. Als Gründe werden unter anderem erwartete Reaktionen von Vorgesetzten und Kolleg:innen, berufliche Konsequenzen und der mögliche Verlust von Aufträgen genannt. Diese Zusammenhänge legen nahe, dass die wahrgenommenen Handlungsspielräume mit beruflichen Abhängigkeiten und der eigenen Verletzlichkeit im journalistischen Feld verbunden sind. Die Daten belegen allerdings nicht, dass der Beschäftigungsstatus oder die Migrationsgeschichte für sich genommen Selbstzensur verursachen. Ebenso gehört zum Gesamtbild, dass 46 Prozent kein

Selbstzensurbedürfnis angeben, was auf die hohe Eigenresilienz des Sektors gegenüber politischem Druck hinweist.

Den berichteten Einschränkungen stehen dementsprechend auch deutliche ***professionelle und normative Orientierungen*** gegenüber. Breite Mehrheiten befürworten eine klare Positionierung bei Menschenrechtsverletzungen, die Prüfung von Informationen auch gegen den Anspruch gleicher Sichtbarkeit aller Positionen und eine Berichterstattung, die kontroverse Inhalte nicht wegen möglicher gesellschaftlicher Spannungen ausspart. Der besondere Schutz jüdischen Lebens, ein Waffenstillstand in Gaza und gewaltfreier Widerstand gegen die israelische Besatzung finden jeweils hohe Zustimmung. Das Haltungsspektrum lässt sich deshalb nicht auf eine einfache Gegenüberstellung israelischer und palästinensischer Loyalitäten reduzieren. Zugleich deutet die starke Ablehnung historisch begründeter Einschränkungen der Berichterstattung auf ein verbreitetes Verständnis journalistischer Unabhängigkeit hin, das auch gegenüber deutschen politischen Erwartungen auf kritischer Distanz besteht.

Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang die ***Bewertung von Quellen***. Viele Befragte begegnen der israelischen Regierung und Armee mit Misstrauen, während etwa Haaretz, UN-Organisationen und internationale Menschenrechtsorganisationen überwiegend Vertrauen genießen. Dieser Befund steht in einem Spannungsverhältnis zu den im Forschungsstand referierten Inhaltsanalysen, die für frühe Phasen der Berichterstattung eine häufig unkritische Übernahme israelischer Regierungs- und Militärpositionen problematisieren. Ob sich Quellenbewertungen im Zeitverlauf verändert haben, andere Journalist:innen untersucht wurden oder redaktionelle Entscheidungen von den individuellen Einschätzungen der Befragten abweichen, bleibt offen. Die Diskrepanz unterstreicht den Forschungsbedarf zu den Auswahlprozessen zwischen Recherche und Veröffentlichung.

Hinzu kommen wahrgenommene ***Asymmetrien der Empathie und Kompetenzzuschreibung***. Menschen mit israelischem Familienbezug und jüdischen Menschen wird nach Einschätzung der Befragten häufiger hohe mediale Empathie entgegengebracht als Menschen mit palästinensischem Familienbezug. Eine als palästinensisch, muslimisch oder arabisch wahrgenommene Zugehörigkeit wird zudem häufig als nachteilig für die Zuschreibung journalistischer Kompetenz eingeschätzt. Diese Wahrnehmungen werfen die Frage auf, unter welchen Bedingungen persönliche Bezüge als Expertise anerkannt oder als Befangenheit abgewertet werden. Für Redaktionen ergibt sich daraus die Aufgabe, ihre Kriterien für Glaubwürdigkeit und Fachkompetenz zu überprüfen und unterschiedliche Betroffenheiten anzuerkennen, ohne die journalistische Eignung aus zugeschriebenen Identitäten abzuleiten.

Die ***Aussagekraft der Studie*** ist durch die gezielte Auswahl, mögliche Selbstselektion und den Rückgriff auf subjektive Angaben begrenzt. Besonders betroffene Journalist:innen könnten überproportional teilgenommen haben; ebenso könnten Personen aus Sorge um ihre Anonymität von einer Teilnahme abgesehen haben. Die Daten erlauben weder repräsentative Aussagen über den gesamten deutschen Journalismus noch gesicherte Kausalaussagen über das Verhältnis von öffentlichem Druck, redaktionellen Entscheidungen und Selbstzensur. Übereinstimmungen mit den im Forschungsstand dargestellten qualitativen Befunden verdichten jedoch die Hinweise auf Probleme innerer Pressefreiheit. Weitere Forschung sollte

wiederholte Befragungen mit Redaktionsstudien und Inhaltsanalysen verbinden, um Veränderungen und die Folgen redaktioneller Auswahlentscheidungen nachvollziehen zu können.

Für die Gestaltung journalistischer Arbeitsbedingungen lassen sich daraus **mehrere Implikationen** ableiten:

Erstens bedarf es transparenter Verfahren, die redaktionelle Unabhängigkeit auch im Arbeitsalltag absichern. Entscheidungen über Themen, Quellen, Formulierungen und die Ablehnung von Beiträgen sollten fachlich begründet und intern überprüfbar sein. Journalist:innen müssen redaktionelle Entscheidungen hinterfragen können, ohne berufliche Nachteile befürchten zu müssen. Externe Interventionen sollten intern dokumentiert und nachvollziehbar behandelt werden, damit ihre mögliche Wirkung auf redaktionelle Entscheidungen erkennbar bleibt.

Zweitens legen die Unterschiede nach Beschäftigungsstatus und Migrationsgeschichte gezielte Unterstützungsangebote nahe. Dazu gehören vertrauliche Anlaufstellen, rechtliche und psychosoziale Unterstützung bei Bedrohungen und Diffamierung sowie verlässliche Verfahren zum Umgang mit Beschwerden und Vorwürfen. Freie Journalist:innen sollten gleichberechtigten Zugang zu solchen Angeboten erhalten.

Drittens sollten Medienunternehmen ihre Maßnahmen zur Qualitätssicherung an den konkreten Anforderungen der Nahostberichterstattung ausrichten. Dazu zählen regionale und historische Kenntnisse, völkerrechtliche Expertise, systematische Quellenprüfung und die Zusammenarbeit mit lokalen Journalist:innen. Dass sich nur 39 Prozent der Befragten hohe oder sehr hohe Kenntnisse der Politik und Gesellschaften der Region zuschreiben, verweist auf einen möglichen Fortbildungsbedarf. Sprachregelungen und zusätzliche Abstimmungsschleifen sollten daraufhin geprüft werden, ob sie nachprüfbare Präzision fördern und ausreichend Raum für begründete fachliche Einwände lassen.

Viertens braucht es eine redaktionelle Debattenkultur, die unterschiedliche Perspektiven und persönliche Bezüge als mögliche Erkenntnisressourcen ernst nimmt. Die wahrgenommenen Hierarchien von Empathie und Kompetenz geben Anlass, die Auswahl von Quellen, Gesprächspartner:innen und zuständigen Journalist:innen kritisch zu reflektieren. Maßgeblich sollten nachvollziehbare Kriterien der Sachkenntnis und journalistischen Sorgfalt sein. Eine solche Praxis schafft die Voraussetzungen dafür, dass auch marginalisierte Erfahrungen in die Berichterstattung eingehen und innerredaktioneller Widerspruch zur Qualität der veröffentlichten Beiträge beisteuern kann.

Die Ergebnisse verweisen damit auf eine **Gestaltungsaufgabe für Medienunternehmen, Redaktionsleitungen und Berufsvertretungen**. Journalistischer Unabhängigkeit muss in den alltäglichen Entscheidungsprozessen Geltung verschafft werden. Wo Beschäftigte mit Nachteilen rechnen, wenn sie Themen vorschlagen, Quellenbewertungen hinterfragen oder abweichende Einschätzungen vertreten, werden die Möglichkeiten kritischer Berichterstattung bereits vor der Veröffentlichung begrenzt. Verlässlicher Schutz, fachlich begründete Entscheidungen und Raum für Widerspruch sind zentrale Voraussetzungen dafür, dass der vielfach artikulierte Anspruch auf unabhängige Berichterstattung auch praktisch eingelöst werden kann.

Literaturangaben

Abramowicz, J. (2024, 21. August). Die Verantwortung der Öffentlich-Rechtlichen: Der ÖRR sollte nicht die Existenzberechtigung von Juden und Israel canceln. *Jüdische Allgemeine*. https://www.juedische-allgemeine.de/meinung/die-verantwortung-der-oeffentlich-rechtlichen/

Al-Najjar, A., & Zaid, B. (2026). Western media's ethical collapse: Silencing Gaza's voice. *Third World Quarterly, 47*(10), 1968–1987. https://doi.org/10.1080/01436597.2025.2552361

Al-Taher, H. (2024). Deutsche Staatsräson und die Verunmöglichung Palästinensischer Realität. *PERIPHERIE - Politik, Ökonomie, Kultur, 44*(2), 250-259. https://doi.org/10.3224/peripherie.v44i2.08

Arnold, K. (2008). Qualität im Journalismus – ein integratives Konzept. *Publizistik*, *53*(4), 488–508.

Bax, D. (2024). Auf einem Auge blind: Deutsche Medien und der Gazakrieg. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, (7), 41–44. https://www.blaetter.de/ausgabe/2024/juli/auf-einem-auge-blind-deutsche-medien-und-der-gazakrieg

Caroselli, A., & Schiano, P. (2026). Discursive strategies and "humanity differentials": A critical analysis of the representation of victims in the war on Gaza. *Sociologica, 20*(2), 229–245. https://doi.org/10.60923/issn.1971-8853/22068

CIVIS. (2025). Wenig Vertrauen – und die Konsequenzen? Zum Umgang der Medien mit dem Nahostkonflikt: 3. CIVIS-Mediendialog. https://www.civismedia.eu/mediendialog/dritter-dialog/programm-dialog/

Crone, C. A., & Dam, M. B. (2025). Showing reality as it is? Frames and (in)visibilities in the Danish media's visual coverage of the war on Gaza. *Journal of Arab & Muslim Media Research, 18*(1), 15–34. https://doi.org/10.1386/jammr_00095_1

Doufesh, B., Ewaida, B., & Harb, A. J. (2026). Strategic narrative alignment: Arabic-language coverage of 2023 Israel's war on Gaza on Al Jazeera, DW Arabic, and Al Hurra. *International Communication Gazette, 88*(4), 429–449. https://doi.org/10.1177/17480485251406820

Dumitrescu, D. (2026). How does war look like on the European mainstream media Facebook? A large-N comparison of the media Facebook posts covering Ukraine and Gaza in 24 European countries in spring 2024. *New Media & Society*. Online first. https://doi.org/10.1177/14614448251413689

El Damanhoury, K., Saleh, F., & Lebovic, S. (2025). Covering the Israeli–Palestinian conflict: A critical discourse analysis of Al Jazeera English and BBC's online reporting on the 2023 Gaza war. *Journalism and Media, 6*(1), 9. https://doi.org/10.3390/journalmedia6010009

El Masry, N., Sawaf, Z., King, G., & Baroudi, S. (2025). Gender hierarchies in reporting genocide: An analysis of the dehumanization of Palestinian men in Western media. *Communication, Culture & Critique, 18*(4), 310–321. https://doi.org/10.1093/ccc/tcaf032

Elmasry, M. H. (2025). Images of the Israel-Gaza war on Instagram: A content analysis of Western broadcast news posts. *Journalism & Mass Communication Quarterly, 102*(3), 695–721. https://doi.org/10.1177/10776990241287155

Elmasry, M. H. (2026). Surrogate ethnocentrism in U.S. media coverage of the 2023 to 2025 Israel–Gaza war: Humanization, sourcing, framing, and emotive language in two "papers of record". *Journalism & Mass Communication Quarterly*. Online first. https://doi.org/10.1177/10776990261447243

Fahmy, S. S., Abbas, L., & ElShabassy, A. K. (2025). TikToking the Israel-Gaza war: A content analysis of peace and war narratives in audiovisual news. *Digital Journalism*. Online first. https://doi.org/10.1080/21670811.2025.2574931

Freedman, R., & Hirsh, D. (Hrsg.). (2024). *Responses to 7 October: Antisemitic discourse*. Routledge. https://doi.org/10.4324/9781003497295

Gilboa, E., & Sigan, L. (2024). The New York Times coverage of the Israel-Hamas war: Errors, omissions, and poor editorial supervision. *Israel Affairs, 30*(5), 939–957. https://doi.org/10.1080/13537121.2024.2394292

Glöckner, O., & Jikeli, G. (Hrsg.). (2025). *Antisemitismus in Deutschland nach dem 7. Oktober 2023*. Georg Olms Verlag. https://doi.org/10.5771/9783487424996

Goldmann, F. (2026). *Staatsräsonfunk: Deutsche Medien und der Genozid in Gaza*. Manifest Verlag.

Grimm, J. J., Könneker, J. M., & Salehi, M. (2025). Hierarchies in death: Coverage of Palestinian and Israeli victims in the context of October 7 and the war on Gaza. *Peacebuilding*, *14*(3), 273–288. https://doi.org/10.1080/21647259.2025.2569080

Güler, C.-O. (2025, 18. April). Umfrage über Berichterstattung zu Gaza: „Klima der Angst in Redaktionen". *taz – die tageszeitung*. https://taz.de/Umfrage-ueber-Berichterstattung-zu-Gaza/!6079413/

Hafez, K. (2002). *Die politische Dimension der Auslandsberichterstattung: Band 2: Das Nahost- und Islambild der deutschen überregionalen Presse*. Nomos.

Hauenstein, H. (2024, 2. Mai). Die Drecksarbeit der liberalen Mitte. *WOZ – Die Wochenzeitung.* https://www.woz.ch/2418/israeldiskurs-in-deutschland/die-drecksarbeit-der-liberalen-mitte/!6MGK4Y2S4R1D

Hempel, A., Bähr, S., & Neumann, M. (2014). Israel-Solidarität in Welt und Jungle World: Die Grenzen des Links-Rechts-Spektrums. *Global Media Journal – German Edition, 4*(1). https://www.globalmediajournal.de/index.php/gmj/article/view/87

Hessenauer, J., & Uwira, L. (2025). *Israel in deutschen Medien: Eine qualitative Inhaltsanalyse antisemitischer und verzerrender Darstellungen*. Nomos. https://doi.org/10.5771/9783748955740

Hessenauer, J., Schiller, J., & Uwira, L. (2024). Israelbezogener Antisemitismus in deutschen Print- und Onlinemedien. *SWS-Rundschau, 64(*4), 353-371. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-103153-8

Hoffmann, Shai (2026, 30. Januar). Medien, Macht und Muslimfeindlichkeit. Prof. Dr. Kai Hafez über Berichterstattung zu Israel und Palästina. Podcast „Über Israel und Palästina sprechen". https://open.spotify.com/episode/2bBFpGBwKR9DlqUoEbZzRg

Holzkamp, H. (2026, 15. Juli). „Dieses Dorf existiert gar nicht". *Zenith.* https://magazin.zenith.me/de/gesellschaft/interview-zu-israelischen-propagandavideos-gaza-und-dem-libanon

infratest dimap. (2024). *Einstellungen zur deutschen Medienberichterstattung über den Gaza-Konflikt*. https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/umfragen/aktuell/umfrage-zu-vertrauen-in-deutsche-gaza-berichterstattung/

Jebril, N. (2025). Balance and impartiality in public service news: The BBC's news framing of the 2023 Israel–Gaza war. *Journal of Arab & Muslim Media Research*. Online first. https://doi.org/10.1386/jammr_00105_1

Kang, Y., & Yang, K. C. C. (2025). Examining media bias and geopolitical proxy framing effects on media representations of the Palestinian–Israeli conflict in Taiwan: A computational framing analysis. *Journal of Arab & Muslim Media Research, 18*(1), 133–160. https://doi.org/10.1386/jammr_00093_1

Kozman, C., & Cozma, R. (2025). Comparing headlines during conflict: War and peace journalism in the coverage of the 2023 Israel-Gaza war in the Associated Press and Qatar News Agency. *Electronic News, 19*(3), 131–153. https://doi.org/10.1177/19312431241304076

Kozman, C., & Cozma, R. (2026). War and peace journalism in the 2023 Israel–Gaza war: A comparative analysis of the headlines of five international news agencies. *International Communication Gazette, 88*(4), 367–386. https://doi.org/10.1177/17480485251397756

La Marca, T. (2023, 21. November). Die deutsche Berichterstattung zum Nahostkrieg setzt meine Glaubwürdigkeit als Reporter aufs Spiel. *Übermedien.* https://uebermedien.de/90248/die-deutsche-berichterstattung-zum-nahostkrieg-setzt-meine-glaubwuerdigkeit-als-reporter-aufs-spiel/

Lenz, I. (2024). Feminismus, Antisemitismus und diskursives Kapital. *PERIPHERIE - Politik, Ökonomie, Kultur, 44*(2-2024)*,* 186–203. https://doi.org/10.3224/peripherie.v44i2.03

Malik, S. I. (2025). Foregrounding collective trauma: Experiences of Palestinian journalists covering the 2023 war in Gaza. *Journalism Studies, 26*(15), 1959–1980. https://doi.org/10.1080/1461670X.2025.2567898

Mark, O. (2026, 7. Juli). Nahost-Journalist Karim El-Gawhary: „Man wird als Antisemit und Hamas-Freund diffamiert“. *Qantara.* https://qantara.de/artikel/nahost-journalist-karim-el-gawhary-%E2%80%9Eman-wird-als-antisemit-und-hamas-freund-diffamiert%E2%80%9D

Mey, S. (2025, 21. Mai). „Das Arbeitsklima ist extrem hart“: Ein Interview mit Katharina Weiß, Referentin bei Reporter ohne Grenzen Deutschland. *M – Menschen machen Medien.* https://mmm.verdi.de/aktuelle-meldungen/das-arbeitsklima-ist-extrem-hart-102965

Mey, S. (2026). *Medienaufsicht in Ausnahmezeiten: Presserat, Rundfunkräte, Medienanstalten und die deutsche Nahost-Berichterstattung*. Rosa-Luxemburg-Stiftung. https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studien_2-26_Medienaufsicht-Gaza.pdf

Najibi-Goñi, M., Agirreazkuenaga, I., & Garai-Artetxe, E. (2026). Beyond the frontlines: A qualitative study of peace journalism in EiTB’s coverage of Gaza (2023–2024). *Journalism Practice*. Online first. https://doi.org/10.1080/17512786.2026.2632898

Neue Deutsche Medienmacher*innen. (2020). *Viel Wille, kein Weg: Diversity im deutschen Journalismus*. https://neuemedienmacher.de/fileadmin/uploads/2020/05/20200509_NdM_Bericht_Diversity_im_Journalismus.pdf

Niggemeier, S. (2023, 3. November). Gute Tabus, schlechte Tabus: Die vertauschten Rollen in der Debatte über Israel. *Übermedien.* https://uebermedien.de/89676/gute-tabus-schlechte-tabus-die-vertauschten-rollen-in-der-debatte-ueber-israel/

Nurromadini, Z. S., & Suganda, S. P. (2024). Deutsche Welle’s coverage of Palestine and Israel from December 1st to December 8th 2023: A critical discourse analysis. *International Review of Humanities Studies, 9*(2), 491–510. https://doi.org/10.7454/irhs.v9i2.1318

Ossowski, M. (2024, 16. Oktober). Das Medienversagen: Täter-Opfer-Umkehr und Ja-aber: Viele Redaktionen in Deutschland verzerren Israels Kampf um seine Existenz – mit fatalen Folgen*. Jüdische Allgemeine.* https://www.juedische-allgemeine.de/israel/das-medienversagen/

Pinker, E. (2026). How the New York Times framed the war between Israel and Hamas. *Studies in Conflict & Terrorism*. Online first. https://doi.org/10.1080/1057610X.2026.2707956

Postma, L., De Jong, J., & Opgenhaffen, M. (2026). Sourcing news amidst conflict: Strategies and challenges of foreign correspondents covering the Israel-Gaza war’s beginning. *Journalism Practice*. Online first. https://doi.org/10.1080/17512786.2026.2679483

Pöttker, H., Kiesewetter, C., & Lofink, J. (2016). *Migranten als Journalisten? Eine Studie zu Berufsperspektiven in der Einwanderungsgesellschaft*. Springer.

Reinemann, C. (2025). *Wahrnehmung der Nahostberichterstattung deutscher Medien*. CIVIS Medienstiftung. https://www.civismedia.eu/mediendialog/dritter-dialog/studie-dialog/

Reporter ohne Grenzen. (2024). *Selbstzensur rund um Nahost-Berichterstattung*. https://www.reporter-ohne-grenzen.de/artikel/pressemitteilungen/950/selbstzensur-rund-um-nahost-berichterstattung

Reporter ohne Grenzen. (2025a). *Nahaufnahme: RSF-Report zur Lage der Pressefreiheit in Deutschland*. https://media.reporter-ohne-grenzen.de/production/4975/01K6YYC0R12MRPJEDK1BY7Q66X.pdf

Reporter ohne Grenzen. (2025b). *Einschüchterungsversuche gegen Sophie von der Tann / Kolleg*innen zeigen sich solidarisch.* Pressemitteilung vom 04.12. https://www.reporter-ohne-grenzen.de/artikel/pressemitteilungen/4148/einschuchterungsversuche-gegen-sophie-von-der-tann-kolleginnen-zeigen-sich-solidarisch

Reporter ohne Grenzen. (2026). *Nahaufnahme: RSF-Report zur Lage der Pressefreiheit in Deutschland*. https://media.reporter-ohne-grenzen.de/production/6016/01KMJTRG6JPCQ6PR6Q5645S6CS.pdf

Resch, H. (2024). *Die Gefahr der Selbstzensur*. ARD-ZDF-Box, 06.2024. https://share.ard-zdf-box.de/s/ikjb5SgGMdZXYac

Richter, C. (2014). Der Nahostkonflikt und die Medien. *Global Media Journal – German Edition, 4*(1). https://www.globalmediajournal.de/index.php/gmj/de/article/view/84/76

Rückerl, L. (2024). Zwischen Standortentscheidungen und entscheidenden Standorten: Deutsche Berichterstattung aus Westasien und Nordafrika. *Global Media Journal – German Edition, 14*(2). https://doi.org/10.60678/gmj-de.v14i2.316

Schneider, A. (2025, 3. April). Journalistinnen kritisieren „Doppelstandards“ bei Berichten über Israel und Gaza. *Übermedien.* https://uebermedien.de/104131/journalistinnen-kritisieren-doppelstandards-bei-berichten-ueber-israel-und-gaza/

Schubert, K. E., & Nord, I. (2025). „Ein Land, das gegen viele unserer christlichen Werte arbeitet“: Analysen zur Berichterstattung von christlich signierten Medien über den Staat Israel im Winter 2023/24. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik, 9*, 195–221. https://doi.org/10.1007/s41682-025-00216-8

Stapenhorst, A. S. (2026). *Konfliktsensitive Berichterstattung: Die Beiträge der Tagesschau auf Instagram zum Israel-Palästina-Konflikt*. Tectum.

Strippel, C., Hafez, K., Reinemann, C., & Tröger, M. (2025). Freiheit zu Schweigen? Die deutsche Kommunikationswissenschaft im Nahostdiskurs. *Global Media Journal - German Edition*, *15*(1). https://doi.org/10.60678/GMJ-DE.V15I1.344

Tiripelli, G. (2026). Mapping the field of critical discourse studies on war and armed conflict. In B. Forchtner & F. Zappettini (Hrsg.), *Handbook on critical discourse studies* (S. 399–409). Edward Elgar Publishing.

Tröger, M. (2025). Macht der Abschreckung: Zur Wirkung der Antisemitismus-Resolutionen auf den Journalismus in Deutschland. *Journalistik: Zeitschrift für Journalismusforschung, 8*(3–4), 270–296. https://doi.org/10.1453/2569-152X-3-42025-15565-de

Tröger, M., & Hafez, K. (2024). Der Gaza-Krieg, die deutschen Medien und die „falsche Seite der Geschichte“? *Journalistik, 7*(2), 238–247. https://doi.org/10.1453/2569-152X-22024-14224-de

Von Zabern, L., & Pröschel, L. (2026). *Polarizing German media narratives on the Gaza war 2023–2025* [Vortrag]. ECREA-Jahrestagung, 10. September 2026, Brno, Tschechien.

Vossen, L., & Grimm, J. J. (2026). Studentische Palästina-Solidarität im Spiegel Berliner Leitmedien. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, *39*(1), 10–31. https://doi.org/10.1515/fjsb-2026-0002

Zaboura, N. (2025). *Verlorenes Medienvertrauen, gefährdete Demokratie* [Vortrag]. re:publica 25. https://www.youtube.com/watch?v=XhDy5JG6Xks